

weiter, daß jetzt die „Kreuzzeitung“ selbst eine Einigung der großen Mehrheit des Reichstages mit der Regierung auf eine Vermögenssteuer für sehr wahrscheinlich erklärt. Dieser Erklärung, die von der liberalen Presse mit großem Jubel aufgenommen wurde, läßt nun die „Kreuzzeitung“ einen Kommentar folgen, der sehr geeignet ist, die rasch gewordenen Hoffnungen der linken Blockhälfte wieder herabzusetzen. Der Plan, den die „Kreuzzeitung“ als „Niedererschlag aus diesen Gesprächen mit konservativen Politikern“ entworfen hat, richtet sich nicht auf die Einführung einer Reichs-Vermögenssteuer, sondern ist viel komplizierter. Darüber läßt sich die „Kreuzzeitung“ folgendermaßen aus:

Wir denken uns die Sache so, daß die verbündeten Regierungen sich den durch die indirekten Steuern nicht zu befriedigenden Mehrbedarf auf die Matrikularbeiträge schlagen lassen, mit der Maßgabe, daß dieser festzustellende Bedarf nur durch eine Vermögenssteuer (nach der Vermögensfähigkeit der Steuerpflichtigen) aufzubringen wäre. Das wäre keine Reichsvermögenssteuer, sondern eine besondere Art der Matrikularumlage.

Es ist ganz klar, wohin die „Kreuzzeitung“ hinaus will. Sie will die Entscheidung über die Ausgestaltung einer Steuer, die den Besitz trifft, aus dem Reichstag des allgemeinen Wahlrechts in die Landtage verlegen, in denen die Berücksichtigung junkerlicher Interessen durch das bestehende rückständige Wahlsystem noch sicherer als im Reichstage gewährleistet ist. Auf diesem Wege hofft sie dazu zu gelangen, daß Besitzsteuern, soweit ihre Aufhebung unvermeidlich geworden ist, nur dem mobilsten Besitz, nicht aber auch dem großen Grundbesitz auferlegt werden. Um dieses Ziel zu erreichen, sucht die „Kreuzzeitung“ sogar nicht, ganz gegen ihr sonstiges Prinzip, einen Eingriff in die Finanzhoheit der Einzelstaaten zu bewirken, indem sie diesen von Reichs wegen befehlen will, einen bestimmten Mehrbetrag an Matrikularumlagen aus einer bestimmten Steuerquelle, dem Vermögen, herauszufolien.

Inzwischen ergreift übrigens die „Nordb. Allgem. Ztg.“ zu der Frage das Wort, um zu erklären, daß die Deckung des vorliegenden Bedarfs nicht durch indirekte Steuern allein und auch nicht nur direkte erfolgen kann, sondern beide Wege beschritten werden sollen, daß aber eine Reichs Einkommensteuer außer Frage bleiben müsse. Bei der Erörterung, ob eine allgemeine Nachlasssteuer oder eine alljährlich zu entrichtende Vermögenssteuer der gangbarere Weg sei, kommt das Blatt zu dem Schlusse, daß neben einer vielleicht möglichen Erhöhung der Matrikularbeiträge eine andere Form als allgemeine Nachlasssteuer nicht zur Verfügung stehe. Der Gedanke, sie ganz oder teilweise durch die Vermögenssteuer zu ersetzen, habe keine Aussicht auf Erfolg. Damit bleibt die Regierung auf dem Grundsatze stehen, einen möglichen Teil des Neubedarfs — etwa den zwölften Teil — von den Besitzenden zu erheben und wir werden sehen, wie sie sich darin den Sieg über die opponierenden Junker sichert.

Zuletzt läßt sich durch eine wirklich kräftig einsetzende Erbschaftsteuer leicht der größte Teil der geforderten neuen Steuersumme decken. England hat im letzten Staatjahr 19,07 Millionen Pfund Sterling (zirka 885 Millionen Mark) aus der Erbschafts-, Nachlass- und Schenkungssteuer gezogen, und im laufenden französischen Staat ist der Ertrag der Erbschafts- und Schenkungssteuer mit 264 Millionen Franken (zirka 211 Millionen Mark) veranschlagt. Dabei hat Frankreich nur eine Bevölkerung von 39 und England (mit Schottland und Irland) von 42 Millionen Köpfen, während Deutschland 61 Millionen Einwohner zählt. Würde der Reichstag die englischen Besteuerungsprinzipien akzeptieren, so ließen sich leicht in Deutschland aus der Erbschaftsteuer 300 Millionen Mark heraus schlagen. Aber die Konservativen sträuben sich dagegen außerordentlich, ist es doch weit bequemer und ihrem Wohl weit zuträglicher, die Lebens- und Genussmittel der arbeitenden Volksschichten mit neuen Steuern zu belasten, als selbst in den Beutel zu greifen.

Die preussische Wahlreform — abbestellt!
Die „Frankfurter Zeitung“ erfährt, daß der i. J. zur Ausarbeitung eines Wahlreformvorschlages in das preussische Ministerium des Innern berufene Hilfsreferent wieder in seine frühere Stellung zurückgelandt wurde, ohne daß er seine Arbeit beendet oder ein Nachfolger berufen worden wäre. Aber das Ministerium des Innern verlangt 5 Millionen mehr für Polizeizwecke! Der Hilfsreferent rückt ab, der Schutzmann rückt vor!

Die Steuer auf Gas und Elektrizität soll insgesamt wie von der Scherpresse behauptet wird, gegen 50 Millionen Mark einbringen. Außerdem aber ist eine Vandalensteuer für jede elektrische Birne in Aussicht genommen. Ursprünglich sollte der Satz dieser Steuer 20 Pf. für das Stück betragen, doch haben die Bundesratsausschüsse die Vandalensteuer erheblich ermäßigt, und zwar für elektrische Birnen zum Hausgebrauch auf 5 Pf. — Eine Vandalensteuer um den Kopf der Steuer-Erfinder, die bei jeder „Idee“ erneuert würde, müßte jetzt auch schon einen ganz schönen Ertrag liefern.

Bei den Landtagswahlen für das Herzogtum Nassau wurden 11 Nationalliberale, 8 Freisinnige, 1 Sozialdemokrat und 6 Wilde gewählt. Nach den Wahlmännerwahlen sollte die Sozialdemokratie 3 Mandate erlangen. In Herborn wurden indessen die Mandate von 4 sozialdemokratischen Wahlmännern für ungültig erklärt, weshalb die Genossen Günther und Peus mit 63 gegen 66 bzw. 64 Stimmen unterlagen. Gegen diese Wahl wird von unseren Parteigenossen selbstverständlich Protest eingereicht werden. Es liegen eine Reihe schwerwiegender Protestgründe vor, über die der im Februar zusammen tretende Landtag zu entscheiden haben wird. Allzuviel Hoffnung darf man freilich nicht haben, denn im Anhalter Landtag entscheidet — wie im Reichstag — nicht Recht, sondern die Gewalt, und die ist gegenwärtig bei den Gegnern. Die Versuche, welche gegen die Gültigkeit der 4 Wahlmännerwahlen angeführt werden, gingen von den — Wahlvorstehern der be-

treffenden Bezirke aus. Die nationalliberale Partei, die dadurch unrechtmäßig in den Besitz von zwei Mandaten gelangte, wird ihnen Dank wissen.

Wie in Preußen das Geld verpulvert wird.
Bölow hat bekanntlich in der letzten Zeit erklärt, daß er sich als Virtuoso der Sparsamkeit zeigen und daß man in der Verwaltung zu der „altpreussischen“ Sparsamkeit zurückkehren werde. Selbstverständlich nimmt das niemand ernst, nicht einmal die blockfreie Presse. So weist die „Hartung'sche Zeitung“ darauf hin, daß keineswegs gespart wird, sondern sonar Luxusausgaben gemacht werden sollen. Das Blatt schreibt:

„Preußen gibt für seine Gesandtschaften im ganzen Jahre 1908 mehr als dreiviertel Millionen, genau 788 100 Mk., aus. Es gibt in Preußen auch einen Minister der auswärtigen Angelegenheiten, der im Etat als Minister ohne Gehalt fungiert. Der Ministerpräsident ist zugleich Minister der auswärtigen Angelegenheiten. Zunächst abt Preußen an das Reich jährlich den Betrag von 90 000 Mk. als „Abzinsungs-Geld“ für die Verpflegung zweier preussischer Angelegenheiten.“ Im ganzen unterhält Preußen neun Gesandte, die mit ihren Beamten jährlich 397.100 Mark Verpflegung erhalten. Von diesen preussischen Gesandten befindet sich nur einer im Ausland, in Rom beim päpstlichen Stuhl. Er erhält 60 000 Mk. Gehalt. Davon kommt ein preussischer Gesandter in München mit 45.000 Mk. Gehalt, vier Gesandte in Dresden, Hamburg, Karls ruhe und Stuttgart mit je 30 000 Mk. Gehalt, ein Ministerresident in Darmstadt und ein Gesandter in Oberbayern mit je 24 000 Mk., ein Ministerresident in Weimar mit 18 000 Mk.

Diese preussischen Gesandten wohnen in Mietwohnungen, aber für die Gesandten in München und Karlsruhe sind besondere Gesandtschaftsgebäude errichtet. Für den Erwerb des Gesandtschaftsgebäudes in München enthält der Etat für 1908 eine Summe von 225 000 Mk. als zweite und letzte Rate. Anstatt nun an eine Einziehung dieser Gesandtschaften zu denken, ist beabsichtigt, auch für die übrigen preussischen Gesandtschaften besondere Gesandtschaftsgebäude zu errichten.“

Natürlich sind diese Gesandtschaften völlig überflüssig. Es sind angenehme und wie man sieht auch sehr gut bezahlte Posten. Selbstredend werden sie von den „Edelsten der Nation“ versehen, deren Patriotismus hauptsächlich darin besteht, den Staat auf Kosten der Steuerzahler zu schröpfen. Wären sie wirkliche Patrioten und läge ihnen vor allem das Interesse des Vaterlandes am Herzen, so müßten sie schleunigst die Beseitigung dieser Gesandtschaften, die reine Sinecuren geworden sind, fordern. Statt dessen aber sollen noch auf Kosten des preussischen Volkes Gesandtschaftspaläste erbaut werden. So wird in Preußen gefpart. Wenn den Eisenbahnarbeitern die unglaublich niedrigen Löhne aufgebessert werden sollen, so ist kein Geld da. Werden für Wohnungsinspektion, für Arbeiterchutz, für Gesundheitspflege, für die Beseitigung des Lehramtswahls Mittel gefordert, so ist wiederum kein Geld da. Aber die völlig überflüssigen Gesandtschaften müssen eigene Häuser und hohe Gehälter haben, denn sie versorgen die Sproßlinge unserer Junkerkaste!

Zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit. Die Kartellkommission der Gewerkschaften Kölns hat in ihrer jüngsten Sitzung beschlossen, an die Stadtverordneten einen Antrag zu stellen, der fordert:

1. Schnellige Inangriffnahme städtischer Arbeiten zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit.
2. Bereitstellung ausreichender Mittel für Notstandsarbeiten.
3. Anbahnung der von der Stadt mit jährlich 20.000 Mk. subventionierten „Versicherungskasse gegen Arbeitslosigkeit im Winter“ in der Weise, daß auch in der übrigen Zeit des Jahres an die arbeitslosen Mitglieder Tagelöhner bezahlt werden.
4. Einführung des sogenannten „Gehälter Systems“ der Arbeitslosenfürsorge, wonach die Stadt einen Fonds bildet, aus dem den am Orte bestehenden Gewerkschaften und ähnlichen Organisationen Zuschüsse als städtischen Mitteln zu ihrer Arbeitslosenunterstützung gewährt werden.

Diese Einrichtung besteht in Straßburg i. El. bereits und hat sich zur allseitigen Zufriedenheit bewährt. Endlich fordert die Kartellkommission die Einführung der sogenannten „anständigen Lohnklausel“ in die zwischen der Stadt und den Lieferanten städtischer Arbeiten abzuschließenden Verträge.

Die Landtagswahlen in Oldenburg. Das Gesamtergebnis der Landtagswahlen ist folgendes: es sind gewählt 14 Liberale oder Sozialdemokraten, 18 Fortschrittler, 8 Zentrum und 4 Sozialdemokraten. Durch diesen Erfolg der Agrarier sind Wahlreform und Schulreform ernstlich gefährdet.

Übrigens ist eine Mandatsübernahme für unsere Partei nicht einsetzbar, da an Stelle eines gewonnenen Abgeordneten in Vau ein anderer Sitz im Parlament verloren ging. Und zwar verloren ging, weil die Freisinnigen sich veranlaßt sahen, ein Kartell mit den Fortschrittler zu schließen, um weiteren Genossen beizustehen. Wenn diese Niederlage mehr schändet, un're Gewonnen oder die Liberalen, darüber lassen wir ruhig die Erlichen unter den Liberalen urteilen. Die Zahl der sozialdemokratischen Mandate bleibt also vier. Auf unsere Partei vereinigen sich 6100 Stimmen im Lande, auf alle bürgerlichen Parteien zusammen 7300, wir erhielten 4 Mandate, die Gegner 30. Auf solche Siege ist das Bürgerium noch stolz!

Das Steuerprivilegium der Beamten. Mit der Aufhebung der Beamtensteuer, sollte das Steuerprivilegium der Beamten in Wegfall kommen. Jetzt wird dagegen mißgeteilt, daß die Beamten künftig zwar nicht mehr steuerfrei bleiben sollen, wohl aber soll ihre Heranziehung an den Gemeindesteuern nur bis zu höchstens 100 Prozent der Staatssteuer erfolgen. Damit ist das Steuerprivilegium in lediglich etwas veränderter Form wieder eingesetzt, denn in Weiskalen 2. B. gibt es Gemeinden, die bis zu 300 Prozent Gemeindesteuern erheben.

Ueber die Absichten der Versicherungs-Reform. mit welcher sich die schon erwähnten Verhandlungen der Interessenten im Reichsamt des Innern gegenwärtig beschäftigen, teilt die regierungstreue Presse wieder einmal einige Einzelheiten mit. Danach bewegen sie sich bei den Krankenkassen in der Richtung einer möglichen Beschränkung auf die Ortskrankenkassen als Versicherungsträger und deren Zentralisation, Neuordnung der Rechte und Pflichten bei der Kassenverwaltung zwischen den Arbeitgebern und Arbeitnehmern, Einsetzung eines „unparteiischen“ also amtlichen Vorgesetzten, Einführung der Verhältniswahl. In Bezug auf die übrigen Zweige der Arbeiterversicherung wird die Einrichtung von lokalen Beamtenräten sämtlich als untergeordnet, von Oberaufsichtungsämtern als wichtiger Instanz, der Disziplin unterbreitet, während das Reichsversicherungsamt die oberste Instanz bildet. Dies wird bestimmt, daß in allen diesen Beziehungen die gestellten Fragen nicht irgendwelche bindendes Programm darstellen oder daß ein irgendwelcher Zweck zu beabsichtigen ist; sie sind vielmehr lediglich dazu bestimmt, einen vorläufigen Anhalt für den äußeren Gang der Verhandlungen zu bieten. Die Fortsetzung weiterer die Absichten der Arbeiter-Versicherung betreffen er Einzelheiten grandulöslich Art soll jedenfalls mit der Aufhebung dieser Frage nicht abgeschlossen sein. Weiter soll es sich um die Erörterung darüber handeln, ob bei der Behandlung von Krankenkassen neben den Krankenkassen auch die Krankenkassen gesetzlich allgemein für die Krankenkassenmitglieder gesetzlich festzusetzen ist, und ob den Krankenkassen in besonderen Fällen die Entnahme bestimmter Beilmittel aus den Krankenkassen zu gestatten ist.

Politische Demunitionsgenüsse im Militärpaß. Der Militarismus nimmt sich von Tag zu Tag mehr heraus. So erfahren wir, daß einem am 21. September zur Res. entlassenen Soldaten des 4. pommerschen Infanterie-Regiments Nr. 21 in Eborn vom Kompaniechef eigenhändig in den Militärpaß geschrieben wurde: „Du bist offensichtlich als Sozialdemokrat bekannt und zeigte während deiner Dienstzeit anstößendes, mährisches Wesen.“ Bemerk sei, daß der junge Mann während der zwei Jahre Soldatenlebens keine einzige Strafe erlitten hat. Darnach kann man sein „anstößendes“ Wesen beurteilen. Im übrigen sehen wir dies Zeugnis als nichts Herabsetzendes an, der Mann hat sich jedenfalls auch im Soldatenrock als Mann gezeigt, nicht als Knecht.

Das bestrafte Berlin. Als das neue Schulmutterhaltungs-gesetz geschaffen wurde, hat die Stadt Berlin an das Kultusministerium das Ersuchen gestellt, es möge die staatliche Kreisfinanzverwaltung für die städtischen Schulverwaltung übertragen werden. Diesen Antrag lehnte der Kultusminister ab. Das der Stadt Berlin damals verweigert wurde, daß es jetzt der Stadt Elbing ohne weiteres gestattet worden. Der Freisinn wird aber auch diesen neuen Schritt baldig hinnehmen, und befreit sein, auch fernere dem Kultusminister jeden möglichen Dienst zu erweisen.

Die Wurferei der sächsischen Wahlreform. Der Wahlrechtsdeputation gegenüber hat die Regierung eine Erklärung abgegeben, wonach sie auf ihrem Wahlrechtsentwurf beharrt und erklärt, diesen in der Kammer energisch verteidigen zu wollen. Für den Fall der Ablehnung der Resolution will der Minister vom Kommissar der Parteien Stellung nehmen. Das Gesamtministerium hält einstimmig einige Bestimmungen des Kommissionses praktisch für undurchführbar. Sie hat hauptsächlich Bedenken, weil die Wähler in vier Klassen eingeteilt werden sollen. Sie hält es für vorteilhaft, wenn die Wähler nur in zwei Gruppen eingeteilt werden und zwar 1. in die Gruppe der numerisch Schwachen, für das Staatsleben aber wertvollsten Bevölkerungsschicht, und 2. für die numerisch stärkere Bevölkerungsschicht, die eines besonderen Schutzes wegen ihrer numerischen Stärke nicht bedarf.

Die erste Gruppe, die Gruppe der Besessenen, soll drei Auswahlsstimmen erhalten, während die andere Gruppe mit einer Stimme abgestimmt wird. Die Regierung beharrt auf der Verhältnismäßigkeit für alle 96 Wahlkreise. Sollte sich darüber keine Verständigung erzielen lassen, so will die Regierung als äußerstes Entgegenkommen für Dresden, Leipzig, Chemnitz, Plauen und Zwickau die Verhältniswahl einführen.

Nationale Sammelpolitik in Leipzig. Zu einem recht unaufrichtigen Bündnis haben sich unter Führung des national-liberalen Reichstagsabgeordneten Dr. Junks in Leipzig die gegenwärtigsten Interessengruppen angeschlossen. Der Zweck ist, der Sozialdemokratie bei der kommenden Stadtverordnetenwahl einige Siege zu entreißen. Hausbesitzer und Mietervereine, Mittelständler, Lehrer, Beamte, „nationale“ Arbeitervereine und Selbstorganisationsvereine haben sich zusammengeschlossen. Eine geniale Idee, Hausbesitzer und Mietervereine zusammenzubringen. Nicht minder interessant ist die Koalition der Lehrer und Beamten mit den Mittelständlern und Hausbesitzern, da die 24 Mann starke Fraktion — ein Drittel der Vertretung — stets gegen jede Gehaltssteigerung dieser Beamten gestimmt hat. Den „nationalen“ und sonstigen Arbeiterorganisationen wurde erst in der vergangenen Woche ein Antrag, der die Sicherung des Koalitionsrechtes verlangte, von den Mittelständlern in den Papierkorb befördert. Unsere Partei hat von den 24 Stimmen der 3. Abteilung 23 inne, und ist die Tätigkeit unserer Genossen den Mittelständlern sehr uneben. Das „Leipziger Tageblatt“ registriert schmunzelnd die krankhafte Sammelpolitik in Erwartung einer Neuaufgabe der Reichstagswahlreform mit folgenden Worten: „Trotz entgegengelegter wirtschaftlicher Interessen haben sich diese bürgerlichen Gruppen — mit Rücksicht auf die Wichtigkeit und große Bedeutung der bevorstehenden Wahlen — geeinigt, um dieselben auf nationaler Grundlage erfolgreich durchzuführen.“ Warten wir ab, wie lange die unaufrichtige Bruderschaft dauert und welches Geschick ihr im Kampfe mit den organisierten Arbeitern der Stadt Leipzig blüht.

Antike Bestimmungsschnüffelei. Dem Bürgermeister Schädling soll jetzt vermutlich auch kein Vandal, der Harburger Professor Dr. Walter Schädling, in die Acht und Bann folgen. Das Kultusministerium hat beim Senat der Universität Harburg angefragt, ob Professor Schädling in seinen Vorlesungen auch das politische Gebiet berührt. Der Senat hat diese Frage verneint. Trotzdem ist Dr. Schädling nicht wieder in die Bestimmungskommission für Referendare, der er angehört hat, berufen worden. Man wird dabei unwillkürlich an die Worte erinnern: die auf dem deutschen Hochschullehrertag der Professor Weber-Heidelberg über Bestimmungsschnüffelei geäußert. Wie das „Berliner Tageblatt“ erzählt, soll der Freisinn beabsichtigt haben, im Landtage von einer Interpellation über den Fall Schädling Abstand zu nehmen. Für seinen Einnahmen-Gehorsam hat man ihn jetzt durch eine weitere, geradezu unerhörte Provokation belohnt.

Wilhelm II. als Erfinder. Das Unglück auf der Hochbahn soll, wie bürgerliche Blätter zu berichten wissen, Wilhelm II. veranlaßt haben, eine von ihm bereits angefangene Erfindung der Vollendung entgegenzuführen. Es handelt sich um eine Achsenbremse, die den größtmöglichen Schutz gegen ein Entgleisen bieten soll. Seine technischen Studien wird Wilhelm II. auch auf diesem Gebiete bei Geheimrat Professor Slaby fortsetzen. Eine Patentanmeldung ist bisher nicht erfolgt, weil die neue Erfindung praktisch noch nicht erprobt ist.

Neue Herrenhäuser. Die Fürsten Friedrich zu Wied und Debo zu Jun und Knyphausen wurden in das preussische Herrenhaus berufen. Das Verdienst der neuen obersten Oberherren besteht darin, daß sie Söhne ihrer Väter sind, die auch dem Herrenhaus angehört haben. Viel geht also nicht dazu, um in Preußen Herrenhäuser zu werden, es genügt, daß man in der Wahl seines Vaters vorläufig war.

Der Mecklenburgische Landtag wählte 36 Abgeordnete für die Verhandlungen mit der Regierung in der Verfassungsfrage. Sämtliche Gewählte sind Gegner der Regierungsvorlage und es ist dafür gesorgt, daß die ganze Verhandlung wieder zur Komödie wird.

Blod-Kandidatur in der Pfalz. Unserem Parteigenossen, dem leitenden Volksschullehrer Hoffmann, wird im Landtagswahlkreis Kaiserslautern von den Blodparteiern der Lehrer Schöhl aus Wörzburg als Kandidat entgegengesetzt.

Kopisch und Mucken gegen Wehring. Der Verhandlungstermin in Sachen Kopisch-Mucken gegen Genossen Wehring, der die beiden beleidigt haben soll, findet am 27. Oktober vor dem Schöffengericht Berlin-Mitte statt.

Zwar dienstunfähig aber bestraft. Der Alan Marszalek vom ersten Ulanenregiment in Mühlitz hatte sich kürzlich vor dem Kriegsricht der 10. Division wegen militärischen Ungehorsams zu verantworten. Der Alan, der an einem schwerwiegenden Verbrechen teilgenommen hat, war zum Transport schonungsbedürftiger Pferde kommandiert, hatte dabei seiner Verantwortung wegen sich auf einer der Säule gelegt und war schließlich nach dem Verlaute dabin, daß der Alan dienstunfähig geworden sei. Das Gericht erkannte demgemäß nur auf die geringste zulässige Strafe von 43 Tagen Gefängnis, rechnete wegen der Eigenart des Falles dem Soldaten die volle Untersuchungshaft an und beschloß auch noch, für den Verurteilten ein Gnadenbreviet einzusetzen. Der Militärismus bezieht einem Krampf, dem beide Deine kehlen, zu marshieren und bestraf ihn, wenn er dem Befehl nicht nachkommt. Die...

Von der Handhabung des Reichsgewerkschaftsgesetzes. In...

Breslauer Nachrichten.

Breslau, den 16. Oktober.

Wer fehlt noch? Es gibt noch eine große Anzahl nicht unbemittelter Genossen in Breslau...

Willems zur Volks-Vorstellung des Sozialdemokratischen Vereins...

Zentralverband der Handlungsgehilfen und Gehilfen Deutschlands. Der für Sonntag, den 18. d. Mts. im Gewerkschaftshaus geplante Unterhaltungs-Abend findet nicht statt.

Bauarbeiter-Schnauzkommission. Freitag, den 16. Oktober, Abends 8 Uhr, im Zimmer Nr. 1 des Gewerkschaftshauses...

Abend, Zigarettenarbeiter! Freitag, den 17. Oktober, Abends 8 Uhr, findet in der 'Scala' eine Protestversammlung gegen die von der Regierung geplante Erhöhung der Zigaretten- und Zigarrensteuer statt.

Elektro-Monteur. Sonntag, den 18. Oktober, Vormittags 10 1/2 Uhr, findet im 'Roten Löwen', Puppentheaterstraße, die monatliche Branchenversammlung der Elektro-Monteur...

Achtung, Klempner und Klempnergehilfen! Sonntagabend, den 17. Oktober, Abends 8 1/2 Uhr, findet im Zimmer Nr. 2 des Gewerkschaftshauses die monatliche Branchenversammlung statt.

Im Wege der Zwangsversteigerung gelangte das in Breslau Harenstraße Nr. 34 belegene, auf den Namen des Zimmermeisters Rudolf Heinrich in Breslau, Harenstraße Nr. 36, I, eingetragene Vorderhaus mit Hofraum und Garten...

Ein räuberischer Überfall führte heute Mittags gegen 11 Uhr auf der Neuen Tauensteinstraße zu einer erregten Straßenszene.

Ein „Vornehmer“ Arzt. Am 13. d. M., Abends, überfuhr die zweispännige Equipage eines Arztes von der Tiergartenstraße (leider verweigert der Polizeibericht seinen Namen) an der Kreuzung der Schweidnitzerstraße mit der Schmeidnitzer Straße...

Ein „Vornehmer“ Arzt. Am 13. d. M., Abends, überfuhr die zweispännige Equipage eines Arztes von der Tiergartenstraße (leider verweigert der Polizeibericht seinen Namen) an der Kreuzung der Schweidnitzerstraße mit der Schmeidnitzer Straße...

Strafenraub. Der Lehrling einer Buchhandlung auf der Ohlauerstraße holte am 13. d. Mts. von der Hauptpost einen Geldbetrag von über 100 Mk. ab.

Einbruch. In der Nacht zum 15. d. M. sind Diebe in eine Restauration auf der Altkirchstraße durchs Fenster eingestiegen und haben drei Vereinstische und einen Schnepperautomaten erbrochen und verhandelt.

Diebstahl. In der Nacht zum 15. d. M. sind Diebe in eine Restauration auf der Altkirchstraße durchs Fenster eingestiegen und haben drei Vereinstische und einen Schnepperautomaten erbrochen und verhandelt.

Neueste Nachrichten.

Die Balkanfrage.

London, 15. Oktober. Times' bekräftigt einen Artikel über die Haltung Rußlands in der Balkanfrage. Es heißt darin, Rußland wünscht die Lage zu beruhigen, um Kompensationen in Form der Dardanellen-Durchfahrt zu erhalten.

Belgrad, 15. Oktober. (S. L. B.) Gestern Nacht fand die angekündigte Demonstration statt, an der gegen 8000 Personen teilnahmen, die vor das Michailidenmal zogen.

Wien, 15. Oktober. (S. L. B.) Die neuerlichen Vorstellungen des österreichisch-ungarischen Botschafters in Konstantinopel wegen des Boykotts österreichischer Waren, waren sehr nachteilig.

London, 15. Oktober. Das Blatt 'Globe' meldet aus Rom: Ein albanesischer Führer, der zum albanesischen Kongress nach Monastir reist, wo die Unabhängigkeit Albanien zur Sprache kommen soll, erklärte, daß in diesem Falle der Herzog der Abruzzen zum König von Albanien proklamiert würde.

Sofia, 15. Oktober. (S. L. B.) Die veräußert, hat der Ministerrat in seiner gestrigen Sitzung beschlossen, alle materiellen Forderungen der Orientbahngesellschaft voll zu befriedigen.

Belgrad, 15. Oktober. (S. L. B.) Die Königin Peterfeldische Stimmung ist so sehr gewachsen, daß das Blatt 'Ja Ostarica' im gestrigen Beilagenblatt den König in offener Weise auffordert, zu Gunsten des Thronfolgers abzudanken.

Von der Ballonwettfahrt.

Berlin, 15. Oktober. (S. L. B.) Der Ballon 'Helvetia', dessen Führer der schwedische Generalstabsoberst Schad und dessen Mitführer der Oberleutnant Rehner von der Schweizer Ballonkompanie ist, landete nach Aufstellung einer neuen Rekordzeit von 74 Stunden Fahrt an der Nordwestküste von Norwegen.

Töblicher Baunfall.

Hamburg, 15. Oktober. (S. L. B.) Hier stürzte gestern bei einem Neubau ein Anstreichergerüst ein, zwei Arbeiter wurden getötet, einer schwer verletzt.

Kiel, 15. Oktober. (S. L. B.) Im Projensdorfer Gebölz erschloß sich gestern der Detonationsdolch. Das Motz der Tat ist nicht bekannt.

Bregenz, 15. Okt. (S. L. B.) Bei der gestrigen Reichstagswahl in Kreise Bregenz-Anger wurde entschieden bis Abends 10 Uhr der konservative Kandidat Oberpräsident v. Winterfeldt 10,892, Schmidt (lib.) 2694 und Wels (Soz.) 2892 Stimmen. Winterfeldts Wahl ist somit gesichert.

Versammlungen und Vereine.

Gewerkschaftshaus.

Sonntags, den 17. Oktober. Sonntags, den 17. Oktober. Sonntags, den 17. Oktober. Sonntags, den 17. Oktober. Sonntags, den 17. Oktober.

Sonntag, den 18. d. M. findet eine Agitation für die 'Volksmacht' von dem Lokal Große Grotzengasse 2 am statt. Alle Genossen sind hierzu eingeladen, besonders aber werden die Genossen der Distrikte 18 und 19 um rege Teilnahme und pünktliches Erscheinen ersucht.

Distrikt 13.

Zur Flugblattverbreitung treffen sich die Genossen Sonntag früh 7 1/2 Uhr Hirschstr. 68.

Sozialdemokratischer Verein Breslau (Land)-Neumarkt.

Distrikt 4 (Bezirk Partitzsch, Prietern und Riettenbof.) Donnerstag, den 15. Oktober, Abends 8 Uhr, findet bei Riedel in Partitzsch eine Zusammenkunft statt.

Distrikt 9 (Schönsch.) Donnerstag, den 15. Oktober, Abends 8 Uhr: Zusammenkunft sämtlicher Mitglieder im Distriktslokal. Tagesordnung: 1. Vortrag des Genossen Schöh. 2. Gründung eines Lokalfonds.

Ohlau, Wahlverein. Montag, den 19. Oktober, Abends 8 Uhr: Mitgliederversammlung im Arbeiter-Kaffeehaus, Delferweg Nr. 6. Tagesordnung: Stellungnahme zur Kreis-Konferenz und Wahl der Delegierten. Frauen haben Zutritt.

Krieg, Fabrikarbeiter und Arbeiterinnen. Sonntag, den 18. Oktober, Abends 8 Uhr: Generalversammlung bei Reichel (früher Hoffmann), Oppenerstraße. Tagesordnung: Jahresbericht, Bericht von der Bau-Konferenz in Striegau und Antzige.

Verantwortlicher Redakteur: Gustav Wolff. - Redaktion und Expedition: Neue Gewerkschaftstr. 3/4. - Verlag von Otto Eckert. - Druck von Ed. Schönbach & Co. - sämtlich in Breslau. - Preis 2 Schilling.

Aus der Geldwirtschaft.

In der am 13. und 14. d. Mts. stattgefundenen 1. Sitzung der Döbner-Dombau-Geldlotterie fielen folgende Gewinne: 20 000 Mk. auf Nr. 89.288, 5000 Mk. auf Nr. 34.261, 8000 Mk. auf Nr. 149.441, 2000 Mk. auf Nr. 189.390, 1000 Mk. auf Nr. 37.185, 500 Mk. auf Nr. 34.261 und 142.152. (Ohne Gewähr.) Wüstenberg durch das Amt und Postrezeptionsamt N. Klement, Breslau I, Ring 22.

Ausland.

Die Balkanfrage.

In Rußland ist die Animosität gegen Oesterreich in ständigem Wachsen begriffen. Das beweisen besonders die scharfen Angriffe der Petersburger Presse gegen den österreichisch-ungarischen Minister des Auswärtigen v. Aehrenthal und gegen seinen russischen Kollegen...

Die 'Petersb. Wochenschr.' nennt den Minister v. Aehrenthal mit Bezug auf seine Note einen notorischen Spitzbube und Faltschneiter, der seinem Kollegen Iswolski Worte anspricht, die dieser nie gesagt habe.

Endlich beginnt auch die deutsche Regierung in den Fragen ein Wort mitzureden. Herr von Bülow ist nach Berlin zurückgekehrt, empfangt die Botschafter der Türkei, Japans und Englands, und konferiert mit ihnen über die politischen Tagesfragen.

In Serbien sollen König und Kronprinz in höchst ganz gut verhalten. Die Redungen ausländischer Mütter, doch zwischen dem König und dem Kronprinzen Mißverständnisse bestehen, sind, wie von zuständiger Seite erklärt wird, vollständig erfinden.

Die Sozialdemokratie und das neue Ministerium Dänemark.

Die sozialdemokratische Parteiführung in Dänemark hat seitdem schon seit Jahren den nun im Untersuchungsamt anhängenden Justizminister Alberti ganz besonders energisch bekämpft. Mithin die liberalen Regierungsparteien seine und anderer anderer Genossen mahnen und anlassend Worte beachtet, so wäre jenes Verbrechen beizellen dahin gekommen, wo es hin gehört und Dänemark wie seine Bauern wären vor einem guten Teil der Schande und der Verluste bewahrt worden, die Alberti verursacht hat.

Die Gebärdenpäher der auswärtigen Politik glauben folgende Einbedung gemacht zu haben: Die soznannte Einigung zwischen England und Rußland läßt die Angelegenheit, wegen der Bewölks der Rundreise durch Europa unternahm, offen.

Die Gebärdenpäher der auswärtigen Politik glauben folgende Einbedung gemacht zu haben: Die soznannte Einigung zwischen England und Rußland läßt die Angelegenheit, wegen der Bewölks der Rundreise durch Europa unternahm, offen.

Meine Auslandsnachrichten. In den Vereinigten Staaten steht eine Anlage gegen die Southern Pacific Rail Road bevor wegen unrechtmäßiger Aneignung unterhaltbarer Vändereien in Nevada, deren Wert 100 Millionen Dollars geschätzt wird.

Freitag, den 16. Oktober 1908.

Winterprogramm des Bildungsausschusses der Breslauer Arbeiterchaft.

Von Freitag, den 28. Oktober am Freitag jeder Woche bis zum
1. Dezember:

Vortragskursus des Genossen Otto Kühle-Leipzig
für 8 Abende
im großen Saale des Gewerkschaftshauses.

Thema:

Entwicklungsstufen des Wirtschaftslebens.

Einleitung: Die materialistische Geschichtsauffassung.

I. Austauschbedarfswirtschaft (Eigenproduktion):

1. Urfommunismus.
2. Sklaverei.
3. Feudalismus.

II. Bedarfswirtschaft mit direktem Austausch.

- (Kunden- und Warenproduktion):
1. Handwerk.
2. Marktweisen und Handel.

III. Erwerbswirtschaft (Produktion):

1. Kooperation.
2. Manufaktur.
3. Maschinenfabrik und große Industrie.
4. Konzentration des Großkapitals.

IV. Sozialistische Bedarfswirtschaft.

Jede Woche ein Vortragabend. Eintrittskarte für den ganzen
Kursus 75 Pf., Einzelkarte 15 Pf. Rauchen verboten. Ausschank
findet während der Vorträge nicht statt.

Sonntag, den 26. Oktober 1908:

Vollstündliche Aufführung im Thalia-Theater: Kaufmann von Venedig.

Sonntag, den 8. November 1908:

Vollkonzert im Gewerkschaftshaus. Dirigent P. Müller.

Von Sonntag, den 22. November bis Sonntag, den 6. Dezember:

Wandschmuck- und Jugendschriften-Ausstellung im Zimmer I
des Gewerkschaftshauses.

Sonntag, den 6. Dezember 1908:

Rezitations- und Lieder-Abend von Frau Margarete Walzotte
im Saale des Gewerkschaftshauses.

Die Karten zu dem Vortragskursus
des Genossen Kühle sind von heute Donnerstag
Abend an zu haben. Ausgabestellen sind: Expedition der
„Volkswacht“ und „ParteiSekretariat“.

Auch die Gewerkschaften werden gebeten, von dem
früheren Partienbezug wieder Gebrauch zu machen. Die
notige Anzahl von Karten wird bis spätestens zum Er-
öffnungstage für sie reserviert.

Vertragskurse

des Genossen O. Kühle-Leipzig in der Provinz Schlesien.

In sechs Städten der Provinz finden in der Zeit von
Mitte Oktober bis Mitte Dezember 1908 wissenschaftliche
Vorträge des Genossen Otto Kühle-Leipzig statt, welche
alle das in der vorstehenden Publikation erwähnte Thema
„Entwicklungsstufen des Wirtschaftslebens“ behandeln. Für
die einzelnen Städte sind folgende Tage vorgelesen:

Thalia-Theater.

„Sappho“, Trauerspiel in 5 Akten von Franz Grillparzer.

Nach einer Reihe von Jahren hatte das Breslauer Publikum
wieder einmal Gelegenheit, Grillparzers Jugenddrama „Sappho“
zu sehen. Jugenddrama in dem Sinne, als es sein zweites Wert war,
mit dem er im Jahre 1818 an die Öffentlichkeit trat. Grillparzer,
der 1791 in Wien geboren wurde, gehört wohl zu den eigenartigen
Schicksalen der deutschen Literatur. Als Mensch von einer
übermäßigen Bescheidenheit, verbittert, weil er sich dem
niederdrückenden Drucke des Metternich'schen Systems nicht
entziehen konnte, angänglich besorgt die bescheidene Staatsstellung im
vormärzlichen Österreich nicht zu verlieren, und doch bei allem ein
Dichter, ein Künstler, ein Großer im Reiche der Geister. Auf keinen
hat der reaktionäre Druck jener Epoche verhängnisvoller eingewirkt
als auf Franz Grillparzer. Bis zum Jahre 1848 hatten seine
dramatischen Werke verhältnismäßig eine große Anzahl erzielt. Seine
leichtfertigen Landstroläher brachten ihm wenig Verdienst eintragen
und die Zensur legte ihm brutale Fesseln an. Und als das
Revolutionsjahr auch für ihn die Abolition brachte emporzukommen
als seine beinahe verfallenen Werke neue Triumphe feierten, da war
Grillparzers Glückseligkeit erst blass. Er war ein müder alter Mann
geworden, ein durch die schamloseste Reaktion zertretener Genius —
von da bis zu seinem 1872 erfolgten Tode hat Grillparzer nur
noch geringes geschaffen.

Während der Dichter in seinem ersten erfolgreichen Drama
„Die Ahnfrau“ noch ganz in den Bahnen der damals üblichen
romantischen Schicksalstragödien wandelt, lehnt er sich in „Sappho“
an die klassischen Formen Goethes und ergibt vorübergehend einen
großen Erfolg. Die Heldin dieser Tragödie ist die um 600 vor Ver-
gnis unserer Zeitrechnung lebende Dichterin Sappho. Sie, die auf
der Höhe ihres Ruhmes stehende Dichterin, das reife Weib, kehrt
larbergeschmückt von den Olympischen Spielen auf die heimatische
Insel zurück. Aber die von ganz Griechenland Vergötterte bringt
nicht nur den Vorber mit, nein, das liebevollende Weib bringt
auch den schönen Griechenjüngling Phaon als Gemahl
mit. Aber was sie bei Phaon sucht, Liebe, kann er
ihre nicht geben. Er liebt in ihr nicht das Weib, sondern die hohe
göttliche Dichterin. Der Schmerz der verlangenden Frau wird bald
zu rauchender Leidenschaft gesteigert, als sie sieht, daß Phaon die junge
aufblühende Weibchen, ihre Vertraute, liebt. Sappho kämpft einen
erschütternden Kampf, um den Mann, von dem sie Liebesgall er-
wartet. Alle Furchen der Leidenschaft, des Hasses, der Rache zu-
tragen den Wunden der Frau, aber die Hölle der Götterwelt liegt.
Sie gibt den Geliebten auf. Sie, die von den Göttern begnadete,
ermöglicht den menschlichen Feinden und verlangt nur noch nach dem
Leben bei den Diktoren: Sie stürzt sich vom hohen Felsen hinab
ins Meer.

Walzenburg: Jeden Montag, vom 19. Oktober bis 7. De-
zember 1908.

Striegau: Jeden Dienstag, vom 20. Oktober bis 8. De-
zember 1908.

Stegau: Jeden Mittwoch, vom 21. Oktober bis 9. Dezember 1908.

Ober-Langensielau: Jeden Donnerstag, vom 22. Oktober bis
10. Dezember 1908.

Breslau: Jeden Freitag, vom 23. Oktober bis 11. Dezember 1908.

Freiburg: Jeden Sonnabend, vom 24. Oktober bis 12. De-
zember 1908.

Die politischen Vereine und die Gewerkschaften an
allen vorgenannten Orten werden um freundliche Berück-
sichtigung und zahlreiche Beteiligung an diesen Vortrags-
kursen gebeten.

Breslauer Nachrichten.

Breslau, den 15. Oktober.

Geschichtskalendar.

16. Oktober.

1456 Gründung der Universität Greifswald.

1793 Marie Antoinette enthauptet.

1906 Der Oberlehrer Hermann von Köpcke (Wilhelm Voigt) blamiert
den Militarismus.

Arbeiter, Parteigenossen!

Die Stadtverordnetenwahlen rücken immer näher heran
und legen uns die Verpflichtung auf, energisch die Agitation
fortzusetzen. In der nächsten Woche finden **Montag
und Dienstag, Abends 8 Uhr**, aus diesem Grunde

10 Wähler-Versammlungen

statt, die sich auf die neun Wahlbezirke wie folgt verteilen:

Wahlbezirk 21 (Innere Stadt), Dienstag, den 20. Oktober,
im kleinen Saale der „Scala“, Nikolaistraße 27.

Wahlbezirk 23 (Nikolai-Vorstadt und Köpcke), Dienstag, den
20. Oktober, bei Rapppe, Köpckestraße 15/19, und
im Saale des „Deutschen Kronprinz“, Kurze
Gasse 50.

Wahlbezirk 27 (Schweidniger Vorstadt westlich), Montag,
den 19. Oktober, bei Milbe, Gräbchenstraße 74 (Drei
Kaiser-Saal).

Wahlbezirk 29 (Schweidniger Vorstadt östlich), Montag,
den 19. Oktober, im „Büchsengrund“, Lohstraße 45/47.

Wahlbezirk 30 (Oblauer Vorstadt), Dienstag, den 20. Oktober,
im „Goldenen Heber“, Rindstraße 47.

Wahlbezirk 31 (Oblauer Vorstadt), Montag, den 17. Oktober,
bei Strauß (früher Zente), Oblauer Chaussee 52/54.

Wahlbezirk 33 (Schweidniger Vorstadt), Dienstag, den 20. Oktober,
in der „Körnerkron“, Fürstenstraße 82.

Wahlbezirk 34. (Die Versammlung muß wegen Reuegelung
der Kandidatenfrage um eine Woche verschoben werden.)

Wahlbezirk 35 (Oberlo), Dienstag, den 20. Oktober, im
„Vergeltler“, Kleischankstraße 80.

Die Tagesordnung in allen Versammlungen lautet:

Die Aufgaben

der sozialdemokratischen Stadtverordneten.

Referenten sind die sozialdemokratischen Kandidaten
und die Stadtverordneten Genossen Löbe und Schick.

Parteigenossen! Ein heißer Wahlkampf steht
uns bevor. Es gilt die Gleichgültigen aufzurütteln und die
vielen Tausende neuer Wähler über ihre Pflicht aufzuklären.
Sorgt nun dafür, daß die Versammlungen zahlreich besucht
werden.

Auf in die Wähler-Versammlungen!

Die Krankenkassen in Kampfstellung.

Zur Reform der Arbeiterversicherung
nehmen nun auch die Ortskrankenkassen der Provinz
Schlesien. Am Sonntag, den 1. November, findet in Bres-
lau eine allgemeine Versammlung sämtlicher Kassena-
vorstände von Ortskrankenkassen unserer Provinz statt.

Es hat sich ein Zentralverband der Ortskrankenkassen
für Schlesien gebildet, der in einem Rundschreiben alle
Kassen zur gemeinsamen Interessenvertretung auffordert. In dem
Auftruf heißt es:

Nachdem die Berufsgenossenschaften, die Krankenversicherungs-
anstalten die Versicherung, die Apotheker, die Drogerien, die
Handelkammern, die Kaufmännischen und gewerblichen Ver-
eine, die Handwerkerkammern, die Bodenreformer, die Wohnungs-
politiker, die Regierungs- und Landräte Stellung zur Frage der
Abänderung unserer Krankenversicherung genommen haben, ist es
an der Zeit, daß auch die Kassenvorstände unserer Provinz sich
zusammenschließen, in regerem Verkehr und Meinungsaustausch
treten, um die gerade in Schlesien weit verzweigten Interessen
unserer Ortskrankenkassen, sowie das durch den bestehenden Ver-
fahren bedrohte Selbstverwaltungsrecht zu wahren.

Die sichere Stellung der Selbstverwaltung liegt im Interesse
einer gesunden Entwicklung des Krankentassenwesens. Nach der
Weltausstellung in St. Louis im Jahre 1904 habe die
deutsche Reichsregierung in ihrer Denkschrift die Vorräte der
Selbstverwaltung kräftig unterstützt. Und jetzt bei der ge-
planten Reform der Arbeiterversicherung ist es politische Eng-
herzigkeit und soziale Verblindung, die eine ungeschickte Agi-
tation gegen das Selbstverwaltungsrecht der Krankentassen ent-
faltet haben.

Es gilt daher, diesem Treiben Einhalt
zu gebieten.

Deshalb müssen auch die Ortskrankenkassen Schlesiens in
nachdrücklicher Weise ihre Rechte wahren.

Von allgemeinem Interesse dürfte auch ein Frage-
bogen sein, den diejenigen Krankentassen zur Beantwortung
erhalten haben, die zu der am 23. d. M. stattfindenden Kon-
ferenz im Reichsausschuss des Innern amtliche Einladungen erhalten
haben.

Der Fragebogen lautet:

I. Wie ist bei einer Reform der Krankenversicherung die
äußere Organisation der Krankentassen zu gestalten? Wie
ist dabei dem Bedürfnisse nach größerer Zentralisation Rechnung
zu tragen?

Insbefondere:

1. Ist die Gemeindefrankenversicherung als zulässige Form
der Versicherung zu beibehalten?

2. Welche der nach dem Krankenversicherungsgesetz zuge-
lassenen Kassentypen sind beizubehalten, welche zu beseitigen?

3. Inwiefern ist die Zentralisation namentlich der Orts-
krankentassen durch Gesetz vorzuschreiben, inwiefern für die Be-
teiligten nur zu erleichtern?

4. Wie soll für den Fall des Zusammenschlusses die Aus-
einandersetzung zwischen den beteiligten Kassen hinsichtlich des
Vermögens, des Personals usw. geregelt werden?

5. Wie ist für die Folge das Verhältnis der eingeschrit-
tenen Kassen zu den Pflichtkassen des Krankenversicherungsgesetzes
zu gestalten?

II. Welcher Abänderung bedarf die innere Organi-
sation der Krankentassen?

Insbefondere:

1. In welchem Verhältnis sollen Rechte und Pflichten bei
der Krankenverwaltung zwischen Kassennützlichen und ihren Ab-
beitigern geregelt werden?

2. Empfiehlt sich zur Schaffung eines Ausgleichs zwischen
widerstreitenden Interessen beider Gruppen die Einsetzung eines
unparteiischen Vorstehers?

3. Ist durch gesetzliche Einführung der Verhältniswahl bei
den Krankentassen auch den Minderheitsgruppen eine ihrer Zahl
entsprechende Vertretung zu sichern?

4. Wie sind die Verhältnisse der Kassenebeamten zu regeln?

III. Wie ist das Verfahren und der Instanzengang in Streit-
sachen der Krankenversicherung zu gestalten? Insbefondere ist
eine Uebereinstimmung mit dem Verfahren und dem Instanzen-
gange bei den übrigen Zweigen der Arbeiterversicherung anzustreben?

Die gestrige Aufführung fand sonderbarerweise im Thalia-
Theater statt, wo der Tragedie kein besonders guter
Rahmen geboten werden kann. Immerhin verdient die
Aufführung das Prädikat aus. Fräulein Salla war eine hochehr-
volle und noch von der tiefsten Leidenschaft erfüllte Sappho.
Ihr zur Seite stand, vielleicht nicht ganz ebenbürtig Herr Saba
als Phaon. Er gab den Griechenjüngling mit zu viel Würde, etwas
mehr Leidenschaft und Betonung der Jugend auch der Sappho gegen-
über wäre besser gewesen. Fräulein Faulstich als Weibchen und Herr
Schmitz als Sklave Kames boten annehmbare Leistungen.

Aus aller Welt.

Resultate von der Bennett-Fahrt. Auf der Gordon
Bennett-Fahrt war ein neuer Ballonunfall zu verzeich-
nen. Gleich dem amerikanischen Ballon „Conquero“, der unter
so dramatischen Umständen am Sonntag zu unrettbarem Lan-
dung gezwungen wurde, erlitt vorgestern der als 20. aufgestiegene,
2200 Kubikmeter große spanische Ballon „Montano“, dessen Füh-
rer Herrera y Sotolongo allein in der Gondel saß, einen Miß-
der Ballonhülle und fiel zur Erde. Ein Telegramm aus Melzen-
dorf (Provinz Sachsen) meldet darüber: Der Ballon
„Montano“ (Spanien) zerbrach gestern Vormittag
11 Uhr in einer Höhe von zweitausend Me-
tern und landete bei Melzendorf. Der Füh-
rer ist unverletzt.

Ein zweiter spanischer Ballon ist wie eine andere telegra-
phische Meldung besagt, in der Nordsee untergegangen. Das
Telegramm lautet: Der spanische Ballon Castilla,
Führer Montano, Begleiter Roberto y Barreto ist sechs
Meilen nördlich von Helgoland untergegangen.
Die Insassen sind von dem spanischen Dampfer „St.
Gertrudis“ S. N. 37 gerettet worden, das mit den
Geretteten nach Hamburg gesegelt ist.

Der deutsche Ballon „Hergesell“ wurde auf der Nordsee beob-
achtet. Der Ballon hatte kaum zwanzig Stunden Flugzeit hin-
ter sich, während er sich bei normaler Gasfüllung rechtlich vier-
zig Stunden zu halten vermag. Das für die Weltfahrt vor-
bereitete besonders leichte Gas der Schmaragdener Anstalt gibt
ihm wohl noch weitere zehn Stunden Flugdauer. Er kann sich
deshalb mühelos bis zum Eintritt der Nacht in der Luft halten,
vielleicht auch noch bis zum kommenden Morgen, und während die-
ser Zeit wird ihm eine Landung unter günstigen Bedingungen
vielleicht möglich sein. Ebenso günstig liegt die Sache mit dem
Ballon „Blauen“, in dem mit Regierungsbaumeister Götter
einer unserer erfahrensten Ballonführer sitzt. Er ist der Organi-
sator verschiedener Ausflüge und hat dort wohl die größte Anzahl
aller Aufstiege ausgeführt und geleitet.

Weniger günstig sind die drei fehlenden
Bennett-Ballons. Daran, seit deren Start inzwischen
70 Stunden verstrichen sind. Die am vorgestrigen Bennett-
Renner der Liste beteiligten Ballons erreichten die Flugdauer
von 44 Stunden bei Ballonvorräten, die noch für manche Stunde
gereicht haben würden. Die diesjährigen Ballons sind verbessert
gereicht haben würden. Die diesjährigen Ballons sind verbessert
gereicht haben würden. Die diesjährigen Ballons sind verbessert
gereicht haben würden.

Sollte von den auf die See hinausgegangenen Ballons
wirklich der eine oder andere dort überleben müssen, wodurch
er einer Rettung um den Bennett-Preis verlustig gehen würde,
so ist den in Frage kommenden Teilnehmern der ganze gestrige
Tag und der heutige Morgen gelassen, um Fischer oder See-
schiffe auf die Absicht des Niedergebens aufmerksam zu machen.
Da die Nordsee zurzeit nur schwach bewegt ist, würde die Ret-
tung der Insassen keinerlei Schwierigkeiten bereiten. Wohl aber
würde diese Rettung erst nach längerer Zeit bekannt werden, da
die auf den Fischgründen in der Nordsee arbeitenden Hochsee-
fischer oft Tage brauchen, um zu ihrem Hafen zurückzukommen.
Nur durch höhere atlantische Dampfer würde eine herabige Van-
dung sehr früh auf funktentelegraphischen Wege bekannt werden.
Sollten die drei noch verschollenen Bennett-Ballons auf hoher
See niedergegangen sein, so sind sie jedenfalls der Aufmerksamkeit
auf den Bennett-Preis verlustig gegangen. Für diesen dürfte
dennoch der englische Ballon „Dante“ Sieger sein, der in der
Nähe von Kolobing, dem letzten Besten, an der britischen
Grenze landete. Dem Engländer ist aber der in Ostafrika
bei Mtegholobobur niedergegangene belgische Ballon „Béatrice“
nahe, das vorerst die offiziellen Messungen abzuwarten sind.

Es ist alles in Ordnung. Aus Anlaß des Berliner Hoch-
bahnungsläuf hat sich die Königlich Preussische Eisenbahndirektion in
Berlin zu einer außerordentlichen Untersuchung entschlossen und
kommt zu einer alarmierenden Resultate. Die Untersuchungen der
Betriebsmaßnahmen der Hochbahnungsläuf. Und, wie es nicht anders sein
kann, wenn sich eine hohe königliche Behörde, deren eigene Betriebs-
einrichtungen sich nicht einmal mit denen privatrechtlicher Gesell-
schaften messen können — wir erinnern nur an die skandalöse Ursache
des Spremberger Eisenbahnungsläufes auf der vielbesprochenen, ein-
maligen Strecke — über die Ursachen solcher Unfälle klar zu werden.

Aus Schlesien und Posen.

Gruben-Ünglück in Ober-Schlesien.

Die Meldung von einem großen Grubenunglück in Königsgrube hielt Mittwoch insbesondere den ober-schlesischen Industriebezirk und die gesamte Provinz in Aufregung. Das größte Unglück sollte es sein, das der Bezirk erlebte. Das hieß sehr viel, denn noch ist das Gedächtnis an die Katastrophe auf der „Eleophas“-Grube, die im März 1896 104 Tote gefordert hat, noch nicht aus der Erinnerung verschwunden. Die ersten Schreckensnachrichten sprachen denn auch davon, daß auf dem „Krug“-Schacht der sächsischen „Königsgrube“ in Brand ausgebrochen sei, der die gesamte Belegschaft, etwa 800 Mann, mit Vernichtung bedrohe. 50, nach einer anderen Version 70 Tote seien bereits aus der Grube geschafft.

So oder ähnlich lauteten die ersten Telegramme und die verbreiteten Extrablätter.

Glücklicherweise hat das Unglück nicht den Umfang angenommen, wie es anfangs vermutet wurde. Es wird darüber folgendes gemeldet:

Königsgrube, 14. Oktober. Auf der 110 Meter-Sohle des Krugschachtes der Königsgrube brach heute Vormittag Feuer aus. Die Belegschaft konnte bis auf vier Mann gerettet werden. Der Brand war sofort nach dem Ausbruch bemerkt worden. Doch nahmen die Brandgase nicht den Abzugsweg, der für solche Unfälle vorgesehen ist. Dadurch wurden etwa 100 Bergarbeiter durch die giftigen Gase betäubt, konnten jedoch, als sie zu Tage gefördert waren, wieder ins Leben zurückgerufen werden, bis auf vier, die tot sind. Eine andere Abteilung von vierzig Mann wurde in einem hilflosen Zustande nach dem Knappschichtlazarett gebracht, doch befiel für 20 Mann keine Lebensgefahr. Ärzte und Vereinigungsmannschaften, die mit Sauerstoffapparaten ausgerüstet waren, leisteten die erste erfolgreiche Hilfe. Außerdem waren tauchende Rettungsmannschaften der Königsgrube und der anliegenden Werke, sowie die sächsische Feuerwehreinheit erschienen. An der Unfallstelle waren sämtliche höhere Beamte der Königsgrube und der Bergverwaltung anwesend. Einige der höheren Beamten sind sofort eingetroffen, um die Brandstelle zu besichtigen. Selbstverständlich hat die Unglücksbehörde eine Menge Kengieriger herbeigekleidet, die in dichten Massen den Grubenhof umlagern. Aus der Menge werden die Auser der Frauen nach dem Verbleib ihrer Männer lauti. Die Abkühlungsarbeiten unter Tage sind sofort in Angriff genommen worden. Die Geretteten wurden durch den „Erbreichschacht“ zutage gefördert.

So schlimm, wie es im ersten Augenblick schien, stellt sich die Katastrophe also nicht dar, aber immerhin haben vier brave Bergleute ihr Leben lassen müssen und viele andere schweben eine Zeitlang in erster Lebensgefahr.

Auf wunderbare Weise ist auch der bereits für verloren gehaltene Aufseher Nagel mit 63 Mann seiner Belegschaft gerettet worden. Mit großer Geschicklichkeit hat dieser Beamte seine Belegschaft, als er die Rettungssignale vernahm, dem Schachte entzogen. Inzwischen wurde ihm die Ausfahrt durch Brandgase abgeschnitten; in dieser höchsten Gefahr führte er die Belegschaft in den Zwischenraum einer doppelten Bretterwand — wahrscheinlich einen früheren Damm — hier ließ er rasch durch die Belegschaft die Zwischenräume der Bretter mit Lehm verkleben und schützte sich so gegen die nachströmenden Brandgase. Dann wurden die Grubenlampen ausgelöscht, um den in dem engen Raum ohnehin wenig vorhandenen Sauerstoff nicht unnütz zu vergeuden. Hier harzte die Belegschaft mehrere Stunden aus, bis durch Umstellung der Wetterführung frische Wetter angelührt werden konnten. Dann wurden die Bergleute sämtlich glücklich zutage gefördert.

Amlich wird über das Gruben-Ünglück folgendes bekanntgegeben:

Heute Morgen gegen 9 Uhr brach auf bisher unaufgeklärte Weise auf der 173 Meter-Sohle des Ostfeldes 2 des Königlich-schlesischen Bergwerks „König“ in Gerhardt'schen ein Grubenbrand aus und zwar dadurch, daß die Zimmerung in der Grundstrecke über dem 6. Stollenberg sich entzündete. Die brennenden Gase wichen aus unbekannter Ursache von ihrem ursprünglichen Wege ab. Es erscheint nicht ausgeschlossen, daß einer der vor dem Feuer stehenden Arbeiter eine Zigarette offen gelassen hat, die unbedingt gelöscht werden mußte. Die Wetter zogen nunmehr durch das Gefälle 7 nach belebten Bauen des Sattelstößes 2 und nach der Seilförderstrecke hinab. Als die Nachricht von dem Brande über Tage bekannt wurde, wurde sofort die Ausfahrt der ganzen Belegschaft anordnet und die Rettungs- und Abkühlungsarbeiten unter Leitung des Vorsitzenden der Königlich-schlesischen Bergwerksdirektion Jabrze, Geheimen Bergwerksrätgers, des Bergwerksdirektors Weller aus Königsgrube und der Obersteiger Groß und Reichert eingeleitet. Es ist gelungen, einen großen Teil der Belegschaft rechtzeitig außer Gefahr zu bringen; leider konnten die Steiger Kother sowie drei andere Leute mit Namen Golla, Nagel und Koshera, die anscheinend nach dem Feuerherd vorzudringen suchten, bei diesem Vorhaben zu Tode. Die sofort durch Sanitätsärzte des Königsgruben Knappschichtlazarets angestellten Wiederbelebungsversuche blieben ohne Erfolg. Dreizehn weitere Bergleute, die bewusstlos aufgefunden wurden, konnten wieder zum Bewußtsein zurückgerufen werden. Sie sind ins Knappschichtlazarett eingeliefert worden und befinden sich bis auf einen Mann, den man gleichfalls am Leben zu erhalten hofft, außer Gefahr. Die provisorischen Abkühlungsarbeiten sind im wesentlichen fertiggestellt, eine weitere Gefahr ist somit ausgeschlossen.

Bei dem Unglück hat sich die Depanation des Sanitäts- und Rettungswesens gut bewährt, denn ohne sie hätte das Unglück sicher weit größeren Umfang angenommen. Sämtliche Rettungs- und Abkühlungsapparate der vier Schächte der Königsgrube waren rasch in das von Brandgasen gefährdete Revier geschafft und unermüdlich wurde mit diesen Apparaten die Rettung der Betäubten gefördert. An diesen Arbeiten haben sich die Ärzte des Knappschichtlazarets in Neu-Seidau in hervorragender Weise beteiligt. Die Assistenten-Ärzte haben in die Grube ein, um unter Tage die Wiederbelebungsarbeiten mit den Sauerstoffapparaten zu leiten, während Sanitätsrat Dr. Hartmann über Tage den Empfang der Verwundeten, die künstliche Atmung und die Ueberführung in das Knappschichtlazarett leitete. Zum Transport der Betäubten waren außer den Kranen- und Feuerwehrcaragen der Königsgrube 2 Krankenwagen von der Königsgrube nebst Mannschaften der Pionierschwabens mit der sächsischen Berufsfeuerwehr auf dem Unglücksplatz erschienen.

Eine neuere Meldung belagt, daß alle Bergleute jetzt außer Gefahr sind.

Oblau, 15. Oktober. Achtung, Arbeiter und Arbeiterinnen! Einige Arbeiter aus der Schweißentränke beabsichtigen am Sonnabend, den 17. Oktober in einem gesperrten Lokale ein Vergnügen abzugeben.

Wir hoffen, daß es Ehrensache jedes organisierten Arbeiters und Arbeiterin von hier und Umgegend sein wird, dieses Vergnügens strengstens zu meiden. Das Lokal der organisierten Arbeiterschaft von Oblau ist — das „Arbeiterkasino“.

Zentralkomitee der Gewerkschaften Schlesiens und Posen.

Veranlassung geben dürfen, erfolgt auch die Wahl des Gesamtvorstandes. Diese Tagesordnung macht es allen Mitgliedern zur Pflicht, zu dieser Verammlung Mann für Mann zu erscheinen.

Zur Landtagswahl. Die am Mittwoch flatternden Wahlmänner-Gründerwahlen haben keinen Grund hinter dem Den hervorzuheben vermocht. Was groß zu wählen war, wurde vermutlich von den Wahlvorständen zuwege gebracht. Unferneits hatte eine Beteiligung nicht stattgefunden.

Schweidnitz, 15. Oktober. Auffinden von Stein-Altären. Die vom Bobien-Gebirgsverein seit einiger Zeit betriebenen Nachgrabungen von Steinaltären in der Nähe der alten Steinbilder „Jungfrau, Fisch und Bär“ haben den Erfolg gehabt, daß vergangene Woche ein kleinerer Kopf angesetzt und ein wurde, der nach den Verhältnissen an schließlichen unaufrichtig zu dem kopflosen Steinbilde der „Jungfrau“ gehört. Vor einigen Wochen wurde an derselben Stelle ein Bruchstück einer kleineren Tafel mit der Aufschrift „Anno“ ... gefunden. Beim Suchen nach weiteren Bruchstücken der Tafel stieß man auf den in Rede stehenden Kopf. Leider ist die untere Gesichtspartie von der Nase an abgeschlagen. Vielleicht gelangt es mit Hilfe noch anderer in letzter Zeit gemachten Funde, genaueren Aufschluß über die rätselhaften Steinfiguren zu erhalten.

Striegau, 15. Oktober. Eisenbahners Risiko. Am Sonnabend Abend gegen 7 Uhr ist der Eisenbahnenstellenleiter Johann von hier am südlichen Ende des Hauptbahnhofes beim Auslegen eines Bremsstahns bzw. Ueberschreiten des Gleises überfahren worden. Durch die existente Verletzung sowie Zerkleinerung des rechten Armes ist John sofort getötet worden.

Striegau, 15. Oktober. Zur Landtagswahl. Bei der am Dienstag stattgefundenen Wahlmänner-Ergebniswahl für die Genossenschaftlichen Wahlvereine hatte Nichtbeteiligung beschlossen und so erschienen im zweiten Bezirk 7 Wähler, die sämtlich dem Oberpostleiters Venzel ihre Stimme gaben. Im dritten Bezirk erschienen in der dritten Abteilung nur fünf Mann. Diese wählten den Fabrikbesitzer Seemald. In demselben Bezirk war auch in der zweiten Abteilung eine Ergebniswahl nötig, erschienen war ein Wähler.

Zaner, 15. Oktober. Dachstuhlbrand mit Menschenverlust. Am Mitternacht ist der Dachstuhl des Hauses des Wägenbauers Neugebauer am Ringe vollständig abgebrannt. Dabei erlitt, dem „Zaner'schen Stadtblatt“ zufolge, die hochbetagte Frau Tischlermeister Hannig so schwere Brandwunden, daß sie gestern im Krankenhaus ihren Verletzungen erlag.

Zandeshut, 15. Oktober. Zur Sperrung der Weinerschen Bauten. Die Situation auf den verschiedenen Bauten der gesperrten Firma Weiner ist unverändert. Mittwoch stellten die Bauhilfsarbeiter, welche sämtlich organisiert sind, die Arbeit ein. Dadurch sind die Bauten sämtlich stillgelegt, nur die Zimmerer arbeiten. Vammeister Weiner ist trotz Verhandlungen nicht geneigt, irgend etwas nachzugeben. Zugang von Maazern und Bauhilfsarbeitern ist dringend fernzuhalten.

Zittschberg, 15. Oktober. Volksversammlung. Eine gut besuchte Volksversammlung tagte hier am Sonntag Abend. Reichstagskandidat Genosse Albert referierte über „500 Millionen Mark neue Steuern, wer bezahlt sie und wer verschlingt sie?“. Der Vortragende, der die politische Lage, die fortgesetzte Schuldenmacherei des Reiches, die neuen Steuerpläne der Regierung und das Verhalten der bürgerlichen Parteien, insbesondere des Freisinn, scharf kritisierte, erntete lebhaften Beifall für seine Ausführungen. Da eine Diskussion nicht beliebt wurde, besprach Genosse Albert noch das Vorgehen des Kreisgerichts-Freisinn gegen Dr. Barth, den langjährigen Vertreter des Zittschberger Wahlkreises im Reichstag. Ein Verleumder hat in der Freisinnigen Zeitung einen Artikel veröffentlicht, worin Barth beschuldigt wird, daß er das Vertrauen seiner Wähler mißbraucht habe. In diesem Artikel wurde auf einen Brief der damaligen Parteileitung in Zittschberg an Barth Bezug genommen. Der Schreiber hatte spezifiziert, daß dieser Brief nicht mehr vorhanden sei. Barth hat aber diesen Brief in einer Berliner Versammlung vorgelesen und den Artikel-Schreiber als einen Lügner entlarvt, denn das gerade Gegenteil des Artikels ist wahr. Genosse Albert hatte zwar die hiesige freisinnige Parteileitung zur Verammlung eingeladen, diese aber zog es vor, der Versammlung fern zu bleiben.

Zittschberg, 15. Oktober. Wichtigkeit. In der Nr. 288 der „Volkswehr“ läßt der Bericht der Genossen Linde sagen, daß er das Verhalten des Genossen Wid auf dem Parteitag für tadelvoll halte. Hier muß ein Mißverständnis vorliegen. Genosse L. hat nur gegen den Kreisrat, der bei dem Referat des Genossen Wid gefallt ist, protestieren wollen und legt Wert darauf, dies festzustellen.

Zittschberg, 15. Oktober. Der reichliche Umgang mit Schusswaffen hätte einem 17-jährigen Arbeiter aus den Vorworte leicht verhängnisvoll werden können. Er hatte am letzten Sonntag von der Tanzmusik mit einem Mädchen den Nachhauseweg angestreuen, was den Verdacht mehrerer in demselben Lokal anwesender junger Leute erweckte. Diese gingen ihn nach und an der Promenade in der Nähe der Silberstraße kam es zu Streitigkeiten. Der in der drängte Lage geratene junge Mann wollte nun ein in seiner Hofen-tische aufbewahrtet Lebküchlein hervorziehen, um sich der Angreifer zu erwehren. Auf unaufgeklärte Weise ging der Schuß los und die Kugel drang dem Unvorsichtigen in den Unterleib. Durch ein Mitglied der Sanitätskolonne, welches durch das Wimmern des Verletzten aufmerksam wurde, wurde er zu einem in der Nähe befindlichen Arzt gebracht, der die Kugel enternete. Der junge Mann befindet sich bereits wieder auf dem Wege der Besserung.

Glaz, 14. Oktober. Besteht für Glaz kein Reichsvereinsgesetz? Am Sonntag fand eine Sitzung des Gewerkschaftsrates statt. Die Delegierten der Buchdrucker nahmen zum ersten Male an der Sitzung teil, was sehr begrüßt wurde. Zunächst wurde der Bericht der Bibliotheks-Kommission entgegengenommen. Beschlossen wurde, einen Bücher-Schatz anzuschaffen. Als über die Kosten besprochen werden wurde, erschien plötzlich ein Polizeibeamter in der Sitzung und fragte, ob hier eine Versammlung der Arbeiter der Grieschen Schuhfabrik tagte; dies wurde verneint, worauf der Beamte wieder verschwand. Von der Gründung einer Zählstelle der Maurer wurde Kenntnis genommen. Als man über einen anderen Punkt debattierte, erschien der Polizeibeamte zum zweiten Male und richtete dieselbe Frage wie vorher an die Anwesenden. Der Vorsitzende erklärte ihm nun, daß hier eine Sitzung des Gewerkschaftsrates stattfände. Der Polizeibeamte erklärte hierauf, daß er im Auftrage des Polizeikommissars handele, und er wünsche die Namen des Gewerkschaftsrates-Vorstandes festzustellen, ferner, wo dieselben beschickigt sind. Das standes festzustellen, worauf der Beamte wieder seiner Wege ging. Hierauf gab der Vorsitzende bekannt, daß die Generalkommission dem Rat 50 Mark zu Agitationszwecken zur Verfügung gestellt hat. Nachdem noch auf die am 22. Oktober stattfindende Frauenversammlung, in welcher Genossin E. F. sprechen wird, hingewiesen und zu zahlreicher Beteiligung aufgefordert war, wurde die Versammlung geschlossen. Wegen des Vorgehens der Polizei wird selbstverständlich Beschwerde eingelegt werden. Die vorgesehene Behörde wird sich wohl dazu verstehen müssen, die Anordnungen des Polizeikommissars einer Korrektur zu unterziehen. Man sollte doch annehmen, daß die Polizei die Bestimmungen des Reichsvereinsgesetzes ebenjotut kennen muß. Wie es von den Arbeitern verlangt wird, für alle Fälle hat die schließliche das Reichsvereinsgesetz auch für Glaz vorläufig noch Gültigkeit.

Oppeln, 15. Oktober. Die Leiche des Gatten. Am Sonntag Morgen gefunden. Dienstag wurde im Wägenbau, gegenüber der Reuentafel von Giermann, die Leiche

des Gatten des Bergarbeiters gefunden, der vor dem Brande eine langüberlegte Tat, denn der Arbeiter hatte sich vorher dem Arzt schenken lassen, auch ein scharf gefälliges Schlägermesser unter dem Kopfkissen versteckt gehabt, wie die Nachforschungen ergeben haben. Anscheinend ist Eifersucht das Motiv der Tat. Der Unmensch hatte nach dem Morde der Leiche einen langen Zeit in den Unterleib gesteckt, der bei der Section gefunden worden ist. Es wird angenommen, daß sich Worsich einige an dem Leibe befestigt hat, da die Leiche jetzt erst an die Oberfläche des Wassers getrieben ist.

Jabrze, 15. Oktober. Der liebevolle Gatte und Vater. In einer wahren Szene kam es Dienstag Nachmittag in der Wohnung des Grubenarbeiters Korbella auf der Paulstraße hier. Dieser kam angetrieben nach Hause, demollerte mit der Art sein Mobilier und bedrohte Frau und Kinder mit Totschlag. Weil letztere entflohen waren, begoß der Wüterich den Treppenaufgang mit Petroleum, um das Haus in Brand zu stecken. Noch vor der Ausföhrung dieses Planes erschienen zwei Polizeibeamte, denen sich K. mit der Art gegenüberstellte. Erst als die Beamten ihre Revolver zum Vorschein brachten und ihm diese vor die Brust hielten, ließ K. die Art zur Erde fallen. Er wurde dann verhaftet.

Glauzig, 14. Oktober. Zum Tode verurteilt. Das hiesige Schoungericht verhandelte Dienstag gegen den 21-jährigen Tapetier Paul Galeja aus Jabrze und den 20-jährigen Sattler Alfons Wolke aus Jabrze wegen Ermordung des Möbelsammanns Glucksmann in Jabrze bzw. Anstiftung zur Verübung desselben. Galeja ist geständig, die Tat unter Ueberlegung ausgeführt und den Glücksmann durch zwei Schläge mit einem Gurthammer bestunungslos gemacht zu haben. Alsdann nahm er diesem die Geldtaschen aus der Tasche, schloß den Boden, wo sie ein Sofagelack ausstachen, um vor einer Verfolgung durch Glucksmann, der noch lebt, sicher zu sein, und begab sich mit dem Schließel nach dem im Erdgeschosse gelegenen Kontor, wo er den Geldschrank zu öffnen versuchte. Hierbei wurde er durch den Aufseher der Frau Glucksmann gefasst. Die Gelegenheit des Eintritts eines Fremdes von Glucksmann, der letzteren zu einer gemeinsamen Reise abholte, benutzte Galeja, um sich zu entfernen. Die Schließel warf er auf dem Wege in ein Getreidefeld, wo sie später gefunden wurden. Glucksmann wurde von seiner Ehefrau und seinem Bekannten in einer Wüste tot aufgefunden. Am dritten Tage nach dem Mord wurde Galeja verhaftet und halb darauf auch Wolke unter der Beschuldigung der Anstiftung. Der zweite Angeklagte besitzt keine Mittelfähigkeit an dem geplanten Verbrechen, wie auch die Anstiftung hiergegen Staatsanwalt beantragte für Galeja die Todesstrafe und bannenden Verlust der bürgerlichen Ehrenrechte; für Wolke 14 Jahre Zuchthaus und 10 Jahre Ehrverlust. Die Geschworenen bejahen die Schuldsprache bei Galeja auf vorläufige Abtötung mit verlichem Rande, bei Wolke auf Verhütung. Am 12. Uhr Nachts wurde das Urteil verkündet, wonach Galeja wegen Mordes in Tateinheit mit verlichem schwerem Rande mit dem Tode und bannendem Verlust der bürgerlichen Ehrenrechte, Wolke wegen Ehrverlust mit acht Jahren Zuchthaus und zehn Jahren Ehrverlust bestraft wurden. Beide Angeklagte legten Revision gegen das Urteil ein.

Posen, 15. Oktober. Dem Verdienke seinen Vogel. Der Jagdwart Mühschier, Vorsitzender der Posener Schützenhilfe und der — Chef-Redakteur am „Posener Tageblatt“ Weller, haben beide den roten Adler 4. Güte erhalten. Während der letztere unter seinem Vorhine die polnische Mehrheit in der Posener Schützenhilfe in eine polnische Minderheit zu verwandeln verstand, liegen die Verdienste des letzteren, der als Sächsischer erst einige Jahre in der Dittmar „Wirk“, lediglich auf dem Gebiete der Polensprache, die, wie man sieht, nicht nur antezahlte Pflöchen, sondern auch Orden bringt — und wemals der rote Vogel vierer Güte ist!

Posen, 15. Oktober. Die Pinner Raubmordaffäre ist durch zwei am Freitag erfolgte neue Verhaftungen in ein neues Stadium getreten. Beim Ueberschreiten der russischen Grenze wurde ein Mann angehalten, der sich nicht im Besitze einer Grenzlegitimation befand. Der Mann wurde einem Gendarman übergeben, dem gegenüber er sich als v. Morge ausgab und auf diesen lautende Legitimationspapiere vorwies. Diese wurden als die dem ermordeten v. Morge gehörigen erkannt. Der Fremde, dessen richtiger Name bisher nicht festgestellt werden konnte, gab nunmehr an, daß er die Legitimationspapiere in Posen von dem hier St. Marianne wohnhaften Agenten Mager käuflich erworben habe. Auf Grund dieser Vernehmung erfolgte die Verhaftung Magers. Dieser gibt zwar an, den Mann persönlich zu kennen, bekennt jedoch, der gibt wieder an, den Mann persönlich zu kennen, bekennt jedoch, der Papieren verkauft zu haben. Ueberhaupt wollen beide Verhaftete am dem Morde gänzlich unbeteiligt sein.

Posen, 15. Oktober. Mord- und Selbstmordverbrechen. Dienstag Nachmittag 6 1/2 Uhr verfuhr die Schenkverführerin M. Friedrich ihrem dreijährigen Kinde den Hals und sich selbst die Pulsader in der linken Hand mit einem Messer zu durchschneiden; beide wurden aber nicht verletzt, weil das Messer stumpf war. Durch das Geschrei der Kinder wurden die Bewohner des Hauses aufmerksam und entriß der Frau das Messer. Die Frau wurde mit dem Kinde nach dem Stabkrankenhaus gebracht.

Wronberg, 15. Oktober. Mutter und Kind erstickt. Im Dorot Pringsenthal sind in der Nacht zum Mittwoch die unerscheltete Manderle und ihr Kind durch Kohlenoxydgas erstickt.

Fraustadt (Posen), 15. Oktober. Gefahren der Arbeit. In Schmalen geriet der Sohn des Landwirts Rahl in das Getriebe der Brenneret. Er wurde dabei so stark verletzt, daß er in wenigen Minuten eine Leiche war.

Schneidemühl, 14. Oktober. Aus der Partei. Am Sonntag fand eine Mitgliederversammlung des sozialdemokratischen Wahlvereins statt, welche recht gut besucht war. Infolge Wegzuges des bisherigen Kassiers wurde Genosse Wamter Radtke als solcher gewählt. Darauf gab der Vorsitzende Träger einen Ueberblick über die politische Lage, wobei er hauptsächlich auf die Finanzwirtschaft und die kommenden Steuererlagen hinwies. In der darauf folgenden Diskussion beteiligte sich u. a. Genosse E. D. in Damburo, der die jetzige Balkanfrage trefflich auseinandersetzte. In einem Schlusswort wies Genosse Krüger auf den Wert der politischen Organisation hin und forderte die anwesenden Parteigenossen auf, möglichst mitzuarbeiten, damit die Mitgliederzahl sowie die Leser der Parteipresse sich immer mehr vergrößere. Die Genossen seien an dieser Stelle nochmals darauf hinzuweisen, daß unsere Versammlungen regelmäßig jeden zweiten Sonntag im Monat, Nachmittag 4 Uhr, stattfinden.

Griechen.

Verhandlungen der Redaktion: Nachmittags von 12—1 Uhr Mittags. Reimswaldau, 8. Wir können Ihnen die gewünschte Auskunft nicht geben. Schreiben Sie sich an den schweizerischen Gewerkschaftsbund in Bern, Miltenerweg 20.

Conradswaldau. Für unzulässige landwirtschaftliche Arbeiter, die keiner Krankenkasse angehören, hat während der ersten 18 Wochen nach dem Unfall die Gemeinde zuzufügen, in deren Bezirk der Verletzte schicklich war. Die Gemeinde ist also, gestützt auf § 27 des Unfall-Versicherungsgesetz für Land- und Forstwirtschaft aufzufordern, den verunfallten Arbeiter zu unterstützen.

S. A. 10. G. r. n. Sie sind, trotzdem das Mädchen jetzt nichts mehr von Ihnen wissen will, verpflichtet, die Elemente für das Kind zu zahlen.

S. A. Die gemietete Wohnung können Sie nicht ohne weiteres abgeben. Verleihen Sie, sich mit dem Wirt zu einigen. **G. D., Kressdorf.** Schreiben Sie an das Eisenbahner-Vereinsblatt in dem Gesuche sind 25 Flg. in Briefmarken beizulegen.

Die sozialistische Internationale über die politische Lage.

Brüssel, 11. Oktober.

Am Sonnabend, dem Vortag der internationalen sozialistischen Konferenz, deren Beratungen diesmal hauptsächlich der gegenwärtigen politischen Situation galt, sprachen über dieses Thema die Delegierten des internationalen sozialistischen Büreaus auch vor den belgischen Arbeitern und den zahlreichen ausländischen Arbeitergruppen der belgischen Hauptstadt. Trotz des hier für Versammlungen nicht günstigen Sonnabends war der Feshaal des „Maison du Peuple“ gefüllt.

Um 1/9 Uhr eröffnete De Brouckere mit einer einleitenden Rede die Versammlung, indem er auf die politischen Ereignisse der Gegenwart verwies und im Zusammenhang mit der gegenwärtigen Krise das Erwachen der mündigen Generationen hervorhob. Wir begrüßten, sagte er, dieses Ereignis als einen Fortschritt, denn auf diesem neuen Boden erwacht das Terrain für den Klassenkampf. Nachdem De Brouckere noch der rüberlichen Kolonialpolitik gedenkt, gibt er das Wort dem Vertreter Ungarns,

Genossen Buchinger.

der die Politik der ungarischen Regierung geklärt, die mit einem „Kampf den Krieg“ Wahlspruch in geeigneten Momenten das ungarische Volk gegen Oesterreich führt. Das ungarische Volk, das eben mit wunderbarer Energie für sein Freiheitskämpf, wird in den Erregnissen der Gegenwart nicht die Hand davon lassen, daß die Herren Magyaren die Vererbung einer anderen Nationalität zu einem Schachzug gegen das elementare Bürgerrecht im eigenen Lande benutzen. (Beifall.)

Eine demonstrative Debatte wird dem Redner der türkischen Sozialisten.

Genossen Varandian.

Er überbringt die brüderlichen Grüße der sozialistischen revolutionären Partei der Türkei. Die seit 18 Jahren gegen das Regime des Sultans kämpft. Er verweist auf den gemeinsamen Kampf der christlichen und muslimantischen Bevölkerung, der erst den Sieg brachte. Welch Schauspiel die gegeneinander geklebten Völker umfingen sich in einer brüderlichen Vereinigung. Aber die Intrigen der Mächte, die das Emporkommen des Volkes nicht dulden können, bedrohen bereits die junge Türkei. Und man will dem Despoten und seinem reaktionären Anhang den Wortwandel liefern, das alte Regime wiederherzustellen. Man sucht das Nationalgefühl der jungen Türken zu verwunden, um erst den Krieg und nachher die Reaktion zu stiften. Die sozialistische Internationale wird sich all diesen Vorkäufen entgegenstellen. Möge sie in den einzelnen Ländern allen Aspirationen ihrer Regierungen entgegenarbeiten! Geben Sie der neuen Türkei diese Antwort, daß sie in der westlichen Welt nur einen Freund hat: Das Protokoll (Stürmischer, langanhaltender Beifall.)

Der bulgarische, ebenfalls mit demonstrativem Beifall begrüßte Delegierte

Genosse Abramoff

führt aus, daß die Unabhängigkeit Bulgariens den Arbeitern keine neuen Freiheiten gebracht hat. Die Arbeiterklasse ist rechtlos, außerhalb des Gesetzes. Er erklärt, daß die bulgarische Partei wieder mit der militärischen noch mit der sozialistischen Bewegung etwas gemein hat. Wir sind mit der „Internationalen“ solidarisch! (Beifall.)

Genosse Remeo (Böhmen).

der letzten deutsch-schlesischen Ereignisse gedenkend, stellt auf neue den Kampf der Proletariate der beiden Nationen über die nationalen Querellen der Bourgeoisie. In launig-witzigen Worten charakterisiert Remeo „unseren modernen Premier“, der links und rechts mit immer neuem Warenangebot sein Schifflein lenkt. Er erinnert an den Wahlrechtskampf und die Aufgaben des neuen Oesterreich, das den Beweis erbringen wird, daß die Arbeiterklasse auch in diesem sprachlich vielfachgeteilten Lande in der Verwirklichung seiner Forderungen fortgeschritten.

Bernerstorfer (Oesterreich).

lebhaft begrüßt, unternimmt mit seinem, auch von den Ausländern sehr geschätzten markigen Humor einen Ausflug in das Gebiet der politischen und nationalen Psychologie Oesterreichs und bezeichnet den Oesterreicher, das Wort Mommsens vorliegend, als den Uebergang vom Asten zum Westeuropäer. Er vermerkt das Nationalitätengemischtes Oesterreichs und sagt: Wir leben aber trotz alledem, und zwar als — Sozialisten! — Nun kommen wir auch noch in die Lage, unsere Brüder in Bosnien und der Herzegovina ans Herz zu bilden! — Zum Schluß seiner Rede gedenkt Bernerstorfer der belgischen Genossenschaften, die hier die Wege für die sozialistische Entwicklung geschaffen haben. Die Rede erweckte herzlichen und lebhaften Beifall.

Proletarischer Stolz.

Man redet von einem Bürgerstolz, von einem Adelsstolz; darf man auch schon von einem Proletarierstolz reden? Es scheint ein grauamiger Widerspruch in dem Worte zu liegen. Diese Armen, Bettelratten, Unterdrückten, Nachkommen; worauf sollen sie mit innerem Rechte stolz sein? Auf ihre Geschichte? Sie stehen am Anfang ihrer Geschichte. Auf ihre Macht im Staate? Noch kämpfen sie ja um Macht und Einfluß. Auf ihren Besitz? Sie sind zu spät gekommen zur Teilung der Erde. Auf ihr geistiges Wissen? Die Schulen lassen sie ja hungern und dürstend nach Wissen ins Leben gehen. Auf Körperkraft und Können? Die grauamig lastende Arbeit hat sie elend und kümmerlich gemacht. Auf ihre gewaltige Einigkeit und Gemeinheitspflicht? Aber noch unzählige stehen fern und fremd und wissen kaum etwas von einer proletarischen Bewegung. Auf ihre Massenhaftigkeit? Aber die ist begleitet von Minderwertigkeit, Frauenstichum und wirtschaftlicher Not.

Und doch gibt es einen proletarischen Stolz, es gibt seine und Ansätze zu ihm. In bewegten Zeiten, in großen Versammlungen, wenn der Redner die Herzen gepackt hat mit kammenden Worten und wenn dann brausende Begeisterung durch die Seelen stürzt: da kannst Du diesen erwachenden Stolz lesen in den glänzenden Augen der Lauschenden. Das tausendfache Gefühl: und wir sind doch etwas, denn wir wollen etwas. Wir wollen nicht stier und stumpf dahinleben, wir wollen nun auch Weltgeschichte machen! Wir wollen uns einbringen in den Gang der Geschichte, wir wollen eine Macht werden, wir wollen Bedeutung erlangen! So blüht das erwachende Selbstgefühl, der aufstrebende Stolz aus tausend leuchtenden Augen.

Aber dieser Stolz muß weiterbrennen auch in Alltagsleben. Es ist nicht genug, daß er sich in großen Momenten entzündet, daß er durch Massenjugendbewegung bewirkt wird. Er muß eine bleibende Tugend des Alltags, eine ständig wirkende Kraft des ganzen Lebens sein. Und darum ist es Pflicht der häuslichen Erziehung, diesen Stolz früh zu wecken und lebendig zu halten. Die Schule, wie sie heute ist, kirchlich und untertänig geformt, die bemüht sich, den Stolz zur Untugend, zum Verächten, zu einem Nachteil zu stempeln. Sie predigt den

Branting (Schweden)

betont daß in dieser internationalen Freundschaftsrede auch die Stimme der nordischen Völker erklingen müsse, denn die Keime der, das zeige die jetzige Situation, sind die Avantgarde im Kampf gegen den Militarismus. Branting verweist auf die schwedische Partei, die ihre Mandate auf 33 erhöht habe. Vor sechs Jahren gab es nur einen einzigen sozialdemokratischen Deputierten in Schweden.

Maier (für die unabhängige Arbeiterpartei Englands) begrüßt im Namen seiner Partei die Erhebung der türkischen und bulgarischen Nation.

Mailant (Vereinigte sozialistische Partei Frankreichs) klammert als „Kommunard“ allamiert, redet in seiner Rede mit dem Schemen Clemenceau und seiner Marokkopolitik ab. — Die Internationale muß die Wächterin des Friedens sein. Wir verhindern kein Volk an seinem nationalen Bewußtsein und politischen Erhebung. Bei den erwachten Völkern wird die Friedensidee um so leichter durchbrechen und der Sozialismus sich Bahn schaffen.

Es sprachen dann noch

Hyndman (Social Democratic Party Englands)

und

Mollenhuth (Deutschland)

der gleich anderen Rednern die Gefahren der Annexion für die konstitutionelle Türkei hervorhebt. Wenn es etwas dazu angeht, die Klassenfeindschaft zu verzeihen, so die Tatsache, daß ständig die Möglichkeit der Ermordung von ungeschulten Volksmassen gegeben ist. Die ganze und volle Einigkeit des Weltproletariats wird den Frieden bringen.

Zum Schluß erhielt das Wort:

Vitor Adler (Oesterreich)

Mit Belgien verknüpfte Oesterreich noch ein anderes als das gewöhnliche internationale Band. Wir sind einander ähnlich im Temperament und klein wie Stiel und oft haben wir unsere Kämpfe an Ihnen einzuhaken. Belgisch zu reden war lange ein Schlagwort bei uns, ein Wort, das uns Monate von Gefängnis gekostet hat. Auf die Annexion übergehend, sagt Adler: Man spricht von Fortschritten, die in den Aktionen der Regierungen liegen sollen. Und man darf in der Tat in dem Vorgehen Bulgariens einen Fortschritt sehen und das Volk wird diesen auszuwählen verstehen. — Was Bosnien und die Herzegovina betrifft, so muß man sich indes fragen: wem nützt diese Annexion? Die Völker Oesterreichs haben nicht das geringste Interesse an ihr. Vielmehr bedeutet sie eine doppelte Gefahr: eine Bedrohung des Friedens und die Gefahr nationaler Konflikte. Gewiß, ein Krieg mit Serbien wäre ein Wahnsinn, aber solchen Wahnsinn bezahlen die Völker. Das Schlimmste ist, daß diese Arbeit der Diplomatie gemacht worden ist als Konterrevolution. Wenn die alten Zustände, das alte Chaos am Balkan wieder eintreten sollten, dann läge die Schuld an Oesterreich-Ungarn und die österreicherische Fraktion würde die Regierung im Parlament zur Verantwortung ziehen. Das Ausland soll wissen, welche Stellung wir einnehmen!

Die Stimmen den Gang der Dinge nicht ändern, aber wenn die Regierung in Bosnien die Konstitution und Rechtszustände einführt, so ist das der Rücksicht auf die starke Arbeiterbewegung in Oesterreich-Ungarn geschuldet. — Was den Krieg verhindert kann, das ist, daß in allen Ländern denkende Menschen sind und die Völker- und Raubgier der Herrschenden entgegen wird vor dem Gedanken, daß, wenn der Krieg anfängt, kein Mensch jagen kann, wie er aufhört. (Beifall.)

Genosse Journemont (Belgien) beantragt sodann folgende Resolution, die unter himmlischem Beifall allamiert wurde:

„Die am 10. Oktober im „Maison du Peuple“ vereinigte Versammlung befähigt aufs neue den energischen Willen des Weltproletariats, den Frieden unter den Nationen zu erhalten und den die Völker bedrückenden kapitalistischen Militarismus aufs äußerste zu bekämpfen und vertritt den verschiedenen Sektionen der Arbeiter-Internationale, daß sie die Stuttgarter Beschlüsse ausführen werden.“

Die machtvolle Manifestation endete unter dem Gesang der „Internationalen“.

Die Leistungen der zusammenschendenden Chemie.

Von M. S. Baeg.

(Nachdruck verboten.)

Man ist von allen Seiten gern geneigt, die Dienste, welche die Chemie jetzt täglich den verschiedensten Bedürfnissen des Lebens leistet, mit Dank und Anerkennung hinzunehmen. Aber in dem-

selben Augenblicke, wo man sich zu einem neuen Dank gegen sie verpflichtet fühlt und wo man den Chemikern die verdiente Anerkennung zollt, ist man von einer gewissen Seite her nur zu oft besessen, heides, Dank und Anerkennung, durch die schändliche Bemerkung wieder zurückzunehmen: „Aber ein lebendes Wesen kann der Chemiker doch nicht künstlich herstellen, aber die Lebenskraft kann er also nicht gebieten!“ Man hebt hervor, daß doch eine „unübersteigliche“ Mauer aufreißt sei zwischen den Erzeugnissen der chemischen Laboratorien und jenen den Gebilden des Lebens.

Begehrt sich nun auch die Chemie sehr gern, Dank es ihr bis heute nicht möglich sei, aus den chemischen Grundstoffen oder Elementen auch nur ein einziges lebendes Infusorienstierchen oder einen einzigen zarten Algenfaden künstlich zusammenzusetzen, so lehrt doch die Wissenschaft des Chemikers täglich mehr, daß zwischen den chemischen Kräften und der sogenannten Lebenskraft keine trennende Mauer bestehen könne, ja die Lebenskraft vertritt täglich mehr an ihrer Stellung als einer bestimmten selbstherrlichen Gewalt, welche die chemischen Vorgänge im Organismus beherrsche, sie wird mehr und mehr ein bloßes Wort, womit man einen immer bläher werdenden Begriff bezeichnet.

Genauhinlich beruht sich diejenige, welche neben den chemischen Kräften eine besondere Lebenskraft annehmen, vor allem auch auf Viebig's großen Namen, und doch ist es derselbe Viebig, welcher z. B. in seinen „chemischen Briefen“ sagt: „Es ist ganz unumgänglich, die Meinungen derjenigen zu teilen, welche glauben, die Geheimnisse des Lebens durch die Annahme einer oder mehrerer Lebenskräfte erklären zu können.“ Viebig führt er dann an anderer Stelle deselben Buches neben Licht, Wärme, elektrischer, magnetischer und Schwerkraft die Lebenskraft an. Dieser große Chemiker teilt eben die Unklarheit zu wieder in der Verantwortung der Frage, ob eine Kraft außerhalb eines Stoffes denkbar sei. Denn, wenn Viebig von „dem Einfluß der Lebenskraft entsagenden Stoffen des lebendigen Körpers“ (bis also dann den chemischen Kräften allein verfallen) spricht, so läßt er damit die Lebenskraft als etwas über den Stoffen des Körpers, Schwobendes, in diese Welt hinein und herauszutreten auf, also als eine vom Stoffe losgelassene Kraft. Fasse das, wer's kann!

Es steht in den jedenfalls vernünftigen Grundrissen: die Kräfte sind Eigenschaften der Stoffe, kann man sagen, daß die Kraft zwischen den Erzeugnissen des chemischen Laboratoriums und denen des lebendigen Körpers nicht vorhanden sein könnte; denn hier wie dort sind Stoffe die Grundlage, in denen nach ewigen Gesetzen ununterbrochen mit ihnen verbundene Kräfte walten.

Die Kräfte ist übrigens in ihrem Ursprung von den Chemikern bereits überbrungen. Man nahm bis vor nicht langer Zeit an, daß gewisse Stoffe bloß von lebendigen Körpern, Tieren oder Pflanzen, gebildet werden könnten, weil man sie nur in ihnen und von ihnen ausgehend fand. Die Chemie hatte es bis dahin nicht weiter gebracht, als bis zur Zusammenfügung solcher Körper, welche der unorganischen, d. h. der unbelebten Welt angehörten. Weingeist z. B. unmittelbar aus den Grundstoffen Sauerstoff, Wasserstoff, Kohlenstoff, aus denen er zusammengesetzt ist, zu bereiten, war noch nicht gelungen, sondern es bedurfte dazu gewissermaßen als Vermittler gewisse Pflanzen, welche das Stärkemehl liefern mußten, aus dem man dann durch chemische Umwandlungsprozesse Weingeist herstellen konnte.

Es ist heute nicht nur möglich, Weingeist, sondern auch noch viele andere sogenannte organische Verbindungen, von denen man früher annahm, daß sie nur von oder in Pflanzen und Tieren mit Hilfe der Lebenskraft sich bilden könnten, aus ihren chemischen Grundbestandteilen direkt zusammenzusetzen, also etwas zu bilden, von denen die Vitalisten — so nennt man die an eine Lebenskraft Glaubenden — annahmen, daß es ohne Mitwirkung der Lebenskraft überhaupt nicht darstellbar sei.

Es würde zu weit führen und ohne chemische Vorkenntnisse auch unverständlich sein, wenn ich hier die chemische Bereitungsweise solcher Stoffe beschreiben wollte; ich beschränke mich daher auf die Aufzählung einiger derselben.

Schon im Jahre 1828 gelang der erste Schritt auf dieser neuen Bahn der synthetischen, d. h. zusammenschendenden Chemie, indem Wöhler den Harnstoff künstlich zusammensetzte, den man bis dahin bloß als ein Erzeugnis der sogenannten Lebenskraft im tierischen Körper angesehen hatte. Es dauerte aber lange, ehe diesem der zweite Schritt folgte, nachdem aber einmal dieser gelang war, schlossen sich zahlreiche weitere an. Im Jahre 1856 gelang die Herstellung der Amiesensäure, jene bekannte von den Amiesen bereitete Säure. Weder Amiesen noch Brennesien, deren brennender Stoff ebenfalls Amiesensäure ist, waren imstande gewesen, den nötigen Vorrat davon zur künstlichen Sogualbereitung zu liefern, wenn nicht bereit vor der Hand der deutsche Chemiker Liebigereiner ihre Bereitung aus Zucker und Stärke, also noch nicht aus den einfachen chemischen Stoffen — welches eben erst Wöhler ausföhrte — gelehrt hätte.

Der Amiesensäure folgte dann im Laufe der folgenden Jahrzehnte die künstliche Zusammensetzung des Weingeistes, der Ameisensäure, die vom Sauerampfer und Sauerkec her uns bekannt

alle „feinen“ Leute zu berehren sind, eben weil sie mit dem Anspruch der „feinen“ Leute aufzuzelen. Und wenn die proletarische Mutter durchaus nicht dulden will, daß ihre Kinder mit den Kindern des verhassten Schicksals zusammen spielen, so sollte sie noch viel mehr darauf achten, daß sie nicht wieder einmal selber mit ihren Kindern zusammen vor den „feinen“ Kindern steht und in lauter Bewunderung deren schöne Kleider und apartes Spielzeug preist. Immer die eigene Würde durch züchtige Zurückhaltung nach oben und nach unten wahren — das ist nicht immer leicht, aber es muß auch für das einzelne proletarische Leben erreicht werden. Wer zusammen mit seinen gleichartigen eine neue Gesellschaftsordnung erkämpfen will, der darf sich auch in kleinen Dingen nicht durch Würdelosigkeit erniedrigen. S. W.

Literatur.

Das Protokoll über die Verhandlungen des Münchberger Parteitag und über die Verhandlungen der fünften Frauenkonferenz ist soeben im Verlage der Buchhandlung Vorwärts, Berlin SW. 63, erschienen.

Die Verhandlungen dieses Parteitages haben das ganz besondere Interesse der Genossen und Genossinnen erweckt. Im Vordergrund dieser Interessen stand die Diskussion über die Subjektbewilligung unserer siddenschen Landtagsabgeordneten. Aber auch die Verdrigung des Bildungsbedürfnisses in unserer Partei hat allgemeine Aufmerksamkeit erweckt. An den Verhandlungen über: „Massei“ und „Sozialpolitik“ sind die Gewerkschafter besonders interessiert, während die Ausführungen des Referenten über die drohende „Reichsfinanzreform“ der Beachtung bei der agitatorischen Tätigkeit der Genossen empfohlen sei. Manche weisen wir noch hin auf die gleichfalls erledigte Frage der „Jugend- und Frauenorganisation“. Und den Verhandlungen der Genossinnen sei auf die Resolution über Jugendberziehung in der Familie und durch Organisationen der Genossinnen Dunder und Hellin verwiesen, deren Studium den Frauen besonders empfohlen ist.

Die Verhandlungen sind ausführlich wiedergegeben. Das Protokoll ist 568 Seiten stark, kann durch alle Buchhandlungen und Kolportage begonnen werden und kostet broschiert 1,25 M. und gebunden 1,75 M.

Das Blatt der Dreslauer „Vornehmen“

Die „Schlesische Zeitung“, waag es nicht, ihren Lesern von folgender Berichtigung Kenntnis zu geben:

In der Nummer vom 28. September beschäftigt sich die geehrte Redaktion der „Schlesischen Zeitung“ im lokalen Teile mit der Zentralkommission der Krankenkassen Dreslaus und wird da zunächst die Notwendigkeit des Bestehens derselben bestritten mit dem Hinweis, daß bereits am hiesigen Orte zwei Krankenkassenverbände bestehen. Nun nehmen wir an, daß die Redaktion über die hiesigen Verhältnisse oder vollständig falsch unterrichtet worden ist. In Breslau bestehen zurzeit rund hundert Orts- und Betriebskrankenkassen, mit circa 110. bis 120.000 Mitgliedern; davon gehören den hiesigen zwei Verbänden einige dreißig Rassen mit rund 42.000 Mitgliedern an, alle übrigen Rassen waren also bis zur Gründung der Zentralkommission noch nicht zusammengefaßt. Von diesen Rassen wären sicher schon nicht wenige einem dieser Verbände beigetreten, wenn die Möglichkeit vorhanden wäre. Nun liegt die Sache aber so, daß, wenn eine Rasse dem 1. Ortskrankenkassenverband beitreten will, die Zustimmung der Kassendirekte hierzu erforderlich ist, und dies wird durch die Verhältnisse fast zur Unmöglichkeit gemacht; hiesigen Rassen aber die dem 2. Verbande beitreten wollen, sind sofort der freien Vertheilung verfallen, was diese aber für die Finanzen der Rassen bedeutet. Können nur die beteiligten Verbände beurteilen.

Sollte aber die geehrte Redaktion in der Lage sein, uns einen Weg zu zeigen, auf dem es möglich ist, die gesamten Krankenkassen in den beiden Verbänden zusammenzuschließen, ohne die Rassen zu schädigen, dann sind wir die ersten, die diesen Weg gehen wollen und sprechen wir schon im voraus der Redaktion unseren Dank aus.

Daß die Gründung der Zentralkommission von den hiesigen Krankenkassen als Notwendigkeit anerkannt werden ist, beweist doch schon die Tatsache, daß circa 50 Rassen mit etwa 100.000 Mitgliedern der Zentralkommission beigetreten sind. Die einzelnen Kassenvorstände haben erkannt, daß nur durch engen Zusammenhalt aller Krankenkassen es möglich ist, solche Verträge abzuschließen, wie es durch die Zentralkommission geschehen ist. (Rassen mit 12, 20, 30 und 50 Mitgliedern können das eben nicht.) Welche Vorteile den einzelnen Rassen durch die Zentralkommission erwachsen sind, mögen folgende Zahlen bezeugen:

Es war beschlossen worden, pro Mitglied und Jahr 1/2 Pf. Beitrag zu erheben (für die nächsten Jahre dürfte 1/4 Pf. genügen). Dementsprechend hatte die Ortskrankenkasse für Kaufleute bei 17.000 Mitgliedern 85 Mark zu zahlen für das nächste Jahr, aber 42,50 Mark für das nächste Jahr. Dieser Ausgabewert gegenüber — also plus zum Nutzen der Rasse durch die Zentralkommission 42,50 Mark. Fabrikarbeiter 10.000 Mitglieder, Beitrag 25 Mark pro ein halbes Jahr, Einnahme 181 Mark, plus 156 Mark. Verhältnismäßig daselbe Resultat dürfte sich bei den übrigen Rassen ergeben. Nun kommt noch hinzu, daß der Kommission das Recht zusteht, bei der Veranlagung bezw. Aufstellung der Handelsbilanz durch die Apotheker mitzuwirken. Ferner ist die Verkaufsfähigkeit von Spezialpräparaten erheblich gesteigert, was dem früheren Verhältnis gegenüber eine Ersparnis von 33 Prozent für die Rassen bedeutet. Mit dem Angeführten glauben wir erweisen zu haben, daß die Kommission nur im Interesse und zum Nutzen der Rassen gegründet wurde. Auf den schweren Vorwurf, als ob die eingezahlten Beträge zu anderen als zu den bestimmten Zwecken verwendet werden könnten, dürfte es wohl genügen, Ihnen die Namen der Kommissionsmitglieder anzugeben.

Sie sind dieselben: Hermann, Sunitz, Goldschmidt, Cohn, Nabrill, Müller, Glas, und Porzellan, Kramm, Giese, Geschäftsführer. Mehrere Krankenkassendirekte, Sadel, Köpfer, Peterhansel, Arbeitersekretär, Wittke, Kramm, Kramm.

Ob der betreffende Vorstehende Sozialdemokrat oder konservativ ist, dürfte wohl keine Rolle spielen. Es handelte sich, der Aert selbst was.

Umnohre Behauptungen zu berichtigen, kehrt eben nicht zu den Aufgaben eines „Vornehmen“ Blattes wie es die von Richtern, Staatsanwälten, Amtsbekleideten, Polizisten und anderen Staatsbediensteten geleitete „Schlesische Zeitung“ ist.

Einwandskaffe „Justitia“.

„Justitia“, wie soll das klingen! Kranken- und Vergrüßelste unter Staatsaufsicht, leitender Direktor Steghardt, erster Vorstehender, Heinrich Werner, Rechtsanwält, Doktor Mittel, Rechtsanwält, Vorstandsmittelglieder. Wer sind diese Herren und was treiben sie als Vorstandsmittelglieder jener eingetragenen Einwandskaffe mit dem Namen „Justitia“? Aufnahme empfindenswerter, da günstige Verbindungen. So heißt es in einer Proklamation, bei der Bedingungen und Beiträge der Kaffe herabgesetzt, Krankengeld wird vom dritten Tage der Meldung ab und zwar von 1 Mark bis 4,80 Mark pro Tag gezahlt. So heißt es weiterhin in dem Proklamation. In Wirklichkeit wird natürlich gar keine Krankenunterstützung ausbezahlt.

In dem farnosen Statut heißt es in § 11: Erwerbsunfähige Kranke erhalten die im § 9 festgesetzte Krankengelder von 1 Mark bis 4,80 Mark pro Tag. Nun wird aber der Unterschied gemacht zwischen gänzlicher Erwerbsunfähigkeit und teilweiser Erwerbsunfähigkeit, und zwar nur zu dem Zweck, um die im § 9 festgesetzte Krankengelder nicht auszahlen zu brauchen. Es heißt: Gänzliche Erwerbsunfähigkeit liegt vor, wenn das Kranke Mitglied gezwungen ist, das Bett oder wenigstens das Zimmer zu hüten. Darf der Kranke ausgehen, so liegt nur teilweise Erwerbsunfähigkeit vor, deren Grad nach dem Umfange der ärztlich zu behebenden Ausbeizt bemessen wird. Als Erwerbsunfähig werden während des Sommers (vom 15. April bis 15. Oktober) 9 Stunden täglich unter Berücksichtigung von zwei Stunden auf Mittags- und sonstige Pausen, also 11 bezw. 10 Stunden. Saisonarbeiter, wie überhaupt Personen, deren Erwerb naturgemäß verhältnißmäßig unterbrochen zu werden pflegt, ebenso Angestellte aller Art, welche stellungslos geworden, erhalten während des fehlenden Erwerbes nur 50 Prozent desjenigen Krankengeldes, welches denselben unter anderen Verhältnissen voll zustehen würde. Weibliche Personen ohne Beruf erhalten Krankengeld, soweit sie den Nachweis erbringen, daß sie zur Ausübung ihrer Pflichten in der Hauswirtschaft sich einer bezahlten Hilfe bedienen. Die Tätigkeit eigener Hausdiener sowie des regelmäßig vorhandenen Dienstpönsals kommt dabei nicht in Betracht. (§ 8 der Versicherungsbedingungen.) Hierbei müssen wir zunächst unserer Verwunderung Ausdruck geben, wie es möglich war, daß der Bezirks-Ausschuß einen detaillierten Bericht genehmigen konnte, der den Bestimmungen des Krankenversicherungsgesetzes direkt widerspricht. Krankenunterstützung ist nämlich ohne weiteres auszuzahlen, wenn der Arzt die „Erwerbsunfähigkeit“ bescheinigt. Das wäre eine neue Probe, wenn eine Krankenkasse sich das Recht herausnehmen wollte, die vom Arzt bescheinigte Ausbeizt von der Dauer der Erwerbsunfähigkeit abzuhängen, in der Weise, wie es die farnose Einwandskaffe „Justitia“ macht, die überhaupt noch erkrankten Kassennützlichen, die zufällig arbeitslos sind, wegen des fehlenden Erwerbes nur 50 Prozent desjenigen Krankengeldes auszahlt, welches denselben unter anderen Verhältnissen voll zustehen würde. Nach dem Statut zu urteilen, sind diese Bestimmungen auch vom Bezirksausschuß nicht genehmigt. Es liegt nämlich den Wahlsitzeln der „Justitia“ nur ein Statutenentwurf vor, in dem es heißt, daß das Statut der Staatsaufsichtsbekleideten zur Genehmigung eingereicht worden ist. Auf Veranlassung des Herrn Vorstehenden des Bezirks-

in des Ammoniac, des Ethon und anderer noch nicht komplizierter gebaueter organischer Körper.

Die Chemie gelangte zu diesen glänzenden Ergebnissen nicht auf dem geraden und kurzen Wege der einfachen Zusammenfügung der erforderlichen Elemente in den erforderlichen Mengenverhältnissen, sondern auf langen und verwinkelten Umwegen. Aber auch die Wege, welche die Chemie des Lebens bei der Bereitung dieser Stoffe im tierischen oder pflanzlichen Körper geht, sind ohne Zweifel nicht minder lang und nicht minder verwinkelt.

Es genügt, um die massliche Zusammenfügung der organischen Verbindungen zu begreifen und in diesen und in den Organismen des lebenden Tier- oder Pflanzenlebens ein und dasselbe zu erblicken, sich daran zu erinnern, daß die vier sogenannten organischen Elemente: Sauerstoff, Wasserstoff, Kohlenstoff und Stickstoff einen unendlichen Spielraum ihrer Verbindbarkeit haben, und daß die geringste Abänderung in ihrem prozentualen Zusammenhalten immer eine andere Verbindung, d. h. einen anderen besprochenen Stoff gibt, ja, daß dieselben Mengen dieser Elemente die verschiedensten Stoffe bilden. Kohlenstoff, Sauerstoff, Stickstoff und Wasserstoff bestehen alle aus denselben Mengen von Kohlenstoff, Sauerstoff und Wasserstoff. Ihr innerer chemischer Unterschied kann also nur daraus beruhen, daß die Atome dieser drei Elemente in ihnen in verschiedener Anordnung miteinander verbunden sind. Daß dem so ist, scheint daraus hervorzugehen, daß die lebende Pflanze jene Stoffe, zum Beispiel Stärkemehl, in Gummi und diesen in Zucker (oder umgekehrt) sehr leicht umwandeln kann. Wie z. B. in den lebenden Grün der Zucker in Stärkemehl und in der lebenden Gerste das Stärkemehl in Zucker umgewandelt wird. Letzteres kann aber auch der Chemiker in seinem Laboratorium bewerkstelligen. Wo bleibt da die Kraft zwischen chemischen Kräften und einer sogenannten Lebenskraft, ja wo bleibt diese dann selbst?

Partei-Angelegenheiten.

Die sozialdemokratische Fraktion der Berliner Stadtverordnetenversammlung erwählt den „Vorwärts“ zum Veröffentlichungsführer.

Die sozialdemokratische Fraktion der Stadtverordneten hat mit schwerem Bedauern festgestellt, daß Genosse Dr. Jabel, ohne sich hinreichend zu informieren, in Bezug auf unsere Zustimmung zum Etat Verlin eine vollkommen unrichtige Auskunft erteilt hat, die nachdrücklich selbst nicht mehr anrecht zu erhalten vermöge. Es handelt sich, wie zu erkennen ist, um die Behauptung, die Berliner Stadtverordneten anderer Partei hätten niemals gegen das städtische Budget gestimmt.

Arbeiterbewegung.

Der Kampf der Privatangeestellten um das Wahlrecht. Am Sonnabend fand hier eine äußerst zahlreich besuchte Versammlung technischer Privatangeestellter statt, in der Ingenieur Süßmann-Verlin über die von der Direktion der Maschinenfabrik Augsburg vorgeschlagenen Maßregelungen der Mitglieder des Bundes technischer-industrieller Beamten sprach. Mit allen gegen 11 Stimmen wurde folgende Resolution angenommen:

Die am 10. Oktober auf Einladung des Bundes der technisch-industriellen Beamten im Schießgrabenkaale verammelten technischen Privatangeestellten erkennen in den sozialen Berufsorganisationen einen unentbehrlichen Faktor zur Förderung des kulturellen Fortschritts und das einzig wirksame Mittel zur Sicherung des sozialen Friedens.

Sie bedauern daher, daß sich in der heutigen Zeit noch Unternehmern haben, die in völliger Verachtung der veränderten, sozialen Forderungen die gewerkschaftlichen Organisationen der Angestellten die Existenz zu unterbinden suchen und erheben lebhaften Protest gegen die Bestrebungen und Maßnahmen, mit denen die Maschinenfabrik Augsburg die technisch-industriellen Beamten ihrer Organisation abwendig zu machen sucht. Die Versammlung fordert die Maschinenfabrik Augsburg auf, die in Form von Verwehungen erfolgten Maßnahmen zweier Ingenieure rückgängig zu machen und sie in ihre früheren Funktionen wieder einzufügen. Die Versammlung erwartet von der Stadt Augsburg, daß sie erneut in eine Prüfung der Frage eintritt, wie die Vergütung städtischer Lieferungen an Firmen, die ihren Angestellten nicht die volle Koalitionsfreiheit zugesprochen, zu vermeiden sei. Die Versammlung bittet den bayerischen Landtag, dahin zu wirken, daß die bayerische Staatsregierung im Bundesrat für die schnelle Vorlegung eines Gesetzes Sorge trägt, durch das die jetzt, einseitig beschränkte Koalitionsfreiheit zu einem wirklichen Koalitionsrecht ausgebaut wird. Die Versammlung fordert zu diesem Zwecke die Aufhebung des § 152, Abs. 2, sowie des § 153 der Gewerbeordnung.

Das Koalitionsrecht der kaufmännischen Angestellten. Der Gesamtanwaltschaft des Kaufmannsvereins in München unter dem Vorsitz des Gerichtsrats Dr. Brenner folgte aus Anlaß des besprochenen Vorgehens der Maschinenfabrik Augsburg einen Beschluß, der folgende geistliche Bestimmung verlangt:

Es ist den Arbeitgebern der industriellen oder kaufmännischen Unternehmungen untersagt, Angestellte wegen Angehörigkeit zu Berufsvereinigungen zu entlassen oder bei Erlangung einer neuen Stelle hinderlich zu sein. Zuwiderhandlungen werden mit Gefängnis bis zu drei Monaten bestraft, sofern nicht nach dem Strafgesetze eine höhere Strafe eintritt.

Dieser Beschluß soll dem Reichstage und dem Bundesrat mit einer ausführlichen Begründung unterbreitet werden.

Unternehmerterrorismus. Im Baugewerbe in Grimma in Sachsen ist seit zwei Monaten ein Kampf entbrannt, weil die Unternehmer den von den Arbeitern geforderten Stundenlohn von 15 Pfennig pro Stunde zu zahlen sich weigerten und erließen, sie könnten auf keinen Fall mehr als 11 oder 12 Pfennig geben, und auch diese erst nach nächtlicher Arbeit ab. Als die Arbeiter in den Ausnahmestunden zahlen aber die Unternehmer den kolonialen Streikbrechern sofort 50 Pfennig. Da von den streikenden Bauern noch nicht ein Mann abgefallen und mit den Arbeitervilligen nicht viel auszurichten ist, versuchen es die Unternehmer mit terroristischen Mitteln, um neuer den Bauern der gesamten Arbeiterbewegung am Orte einen Schlag zu versetzen, wie dieses, an die Grimmaer Geschäftsleute verordnete Statuten beweist:

Grimma, 9. Oktober 1908.

Werner Herr und Geschäftsführer!

Seit ca. acht Wochen stellen die hiesigen Bauern. Da wir nun hinreichend Ergebnisse beiseite haben, so sind wir in den Stand gesetzt, Meier von den Arbeitern in so brutaler Weise vom Baum gebrochenen Nachproben vertrauensvoll ins Auge zu fassen. Keiner der verehrten Geschäftsleute ist vor diesen Übergriffen auch nur einen Tag über. Und gegen solche Übergriffe müssen wir uns schützen. Wir sind gewarnt, an Sie nochmals die ergebene Bitte zu richten, unter Ihren Arbeitern oder bei Reueinstellungen von Arbeitervilligen genau zu wissen, ob deren Namen in den Streiklisten enthalten sind, denn was Sie jetzt und damit müssen, das kommt Ihnen selbst zu gute. ...

Schachschind

Für den Arbeiterverein Grimma und Umgegend
Agid. Lehmann, Vorsitzender.

Dieser Terrorismus, gegen den natürlich kein Staatsanwalt einschreiten wird, soll erreicht, daß die Streikenden bei keinem anderen Unternehmer, gleichviel welcher Branche, Arbeit erhalten. Und der allem soll erreicht werden, daß die Bauern in diesem Winter vollständig bröckeln werden, also nicht — wie bisher — in den Kabinen unterkommen finden. Die Grimmaer Arbeiterkassette wird nunmehr den Kampf gegen diese Terroristen mit aller Kraft aufnehmen haben.

ausgegeben werden. Die nachfolgenden Paragraphen sind nach dem Beginn. Erziehung erfassen, die dann abgedruckt ist. Diese dem betragenen liegen als Gesuchteil in Druckform vor.

Der Abgang der Ausgehenden von der Höhe der Krankenunterstützung ist gesetzlich unzulässig.

Wenn nach Ablauf einer Woche die erkrankten Kassennützlichen in das Bureau der „Justitia“, Neuschkestraße 36, Eingang Königsplatz, gehen, um die im § 9 festgesetzte Krankenunterstützung in Höhe von 1 Mark bis 4,80 Mark pro Tag in Empfang zu nehmen, wird ihnen gesagt: „Der Chef ist verreist! Krankengeld können Sie heute noch nicht bekommen.“ Bei der abermaligen Anfrage dieselbe Antwort mit dem Hinweis, der „Chef“ wird doch nicht — „der Leute wegen“ — zurückkommen! Es wird nur Dienstags Krankengeld ausbezahlt, kommen Sie Dienstag über acht Tage wieder! Im Bureau dieser „Justitia“ sind stets nur zwei junge Damen anzutreffen, die Scheinbar schon auf die Abweisung der Mitglieder hin angesetzt sind.

Es würde zu weit führen, das Statut mit Kommentaren versehen. Es genügt, wenn wir hervorheben, daß gleich bei der Gründung die drei ersten Mitglieder des Vorstandes auf die Zeitdauer von zwölf Jahren als gewählt gelten, daß die Kosten für die Ausfertigung der Krankengelder und Behandlungskosten das Kranke Mitglied selbst zu tragen hat, daß die Schwangerschaft oder das normale Wochenbett nicht als Krankheit betrachtet wird, daß Geburtskosten nicht bezahlt wird. Die ordentliche Generalversammlung findet alle drei Jahre einmal statt. Wir können unserer Verwunderung nicht genug Ausdruck geben, wie es möglich ist, daß der Bezirks-Ausschuß ein derartiges Statut welches den Stempel der Unrechtheit auf der Stirn trägt, überhaupt genehmigen konnte. Wie vorher schon gesagt, bezweifeln wir sogar, daß das Statut in seinem vollen Wortlaut die Genehmigung des Bezirks-Ausschusses erhalten hat. Dann hätte also die Kaffe auf neue gelogen. Das städtische Polizeipräsidium verweigert beschwerdeführende Kassennützlichen auf dem Weg der Abmilderung, da es wegen materieller Ansprüche von Mitgliedern an die Kaffe nicht zuständig ist.

Ein in der 3. Klasse verheiratetes Kassennützliches hat bei 2 Mark monatlichem Beitrag ein tägliches Krankengeld von 1,60 Mark zu verlangen. Nach vielem Hin- und Herlaufen erhält der arme Kranke resp. dessen Ehefrau 64 Pf. sage uns schreibe 64 Pfennige pro Tag mit dem Hinzuflügen, daß die „Ausgehzeit“ von der Krankenunterstützung abgezogen sei.

Wer die Praxis kennt, der weiß, daß die Erkrankten sehr oft keine Stunde ihre Wohnung verlassen, wenn auch der Arzt ihnen Ausgehzeit verordnet hat. Der von der „Justitia“ bezahlte Krankengeldkontrollant läßt sich daher auch nur den Krankengeldern vorzeigen, um zu revidieren, oder etwa die Ausgehzeit wieder vergrößert worden ist. Jede Vergrößerung der Ausgehzeit bedeutet für unsern armen Kranken eine Verzögerung des Krankengeldes. Das ist, offenbar Überverteilung der Mitglieder, die im schärfsten Widerspruch zu den klaren Bestimmungen des Gesetzes steht, die behördliche Genehmigung erhalten haben sollte, können wir einfach nicht glauben, und unterbreiten daher das Gebären der famosen „Justitia“ der Öffentlichkeit.

Welcheicht fordert nunmehr der Bezirks-Ausschuß die Statuten ein und sagt den Leuten auf den Kopf zu, daß solche Wanderver heut nicht mehr zulässig sind.

Pensions- und Witwenkasse für Straßenbahner.

(Eine Mahnung für Schaffner und Fahrer.)

Die Unfall-Versicherungsgesellschaft der Straßen- und Kleinbahnen besetzt die Straßen- und Kleinbahn-Gesellschaften beschaffigen zum Zwecke der Fürsorge für Beamte und ständige Arbeiter deutscher Straßen- und Kleinbahnen beim Eintritt ihrer dauernden Dienstunfähigkeit, sowie ihrer Hinterbliebenen im Todesfälle eine das Gebiet des deutschen Reiches umfassende Fürsorgekassen in zwei Abteilungen ins Leben zu rufen. Abteilung A. umfasst die Zahlung von Ruhegehalt an dienstunfähig gewordene Versicherte, sowie die Vermehrung von Mieten und Kindererziehungsgeldern an die Hinterbliebenen verstorbenen Versicherten. Abteilung B. umfasst die Zahlung von Ruhegehalt an dienstunfähig gewordene Versicherte.

Der Plan, für die Bediensteten der Straßenbahnen eine Pensions- und Witwenkasse zu gründen, ist gewiß an sich durchaus wünschenswert und erstreblich, wir möchten sogar sagen, daß diese Idee schon längst hätte durchgeführt sein sollen. Indessen, wenn wir einen Blick auf den Statutenentwurf werfen, wie er von den Direktoren festgesetzt worden, so müssen wir betonen, daß für die Angestellten das freibende Moment gewesen ist, sondern in der Hauptfrage die Beamten in ein noch größeres Abhängigkeitsverhältnis zur Direktion zu bringen als bisher. Wir weisen dabei auf Artikel III des Entwurfs: „Der Anspruch auf Ruhegehalt und Hinterbliebenen-Fürsorge verliert, wer durch Ausbruch des Arbeitsunvermögens aus einem anderweitigen Grunde als wegen Arbeitsunvermögens aus seiner Stellung ausscheidet, selbst wenn das Ausscheiden aus dem Dienstverhältnis nach vollendetem zehnten Dienstjahre eintritt.“ Dieser Passus besagt klipp und klar, daß, wenn der Betriebsunternehmer Veranlassung hat, einen Beamten oder Arbeiter aus irgend einem Grunde zu entlassen, selbst wenn er länger als zehn Jahre treue Dienste geleistet, dann verliert er jeden Anspruch an die Pensionskasse. Gleiches gilt, sagt der Artikel III, für diejenigen, welche durch freiwillige Entlassung das die Versicherung begründende Dienstverhältnis selbst haben. Will also ein Beamter in den Genuss einer Rente gelangen, so muß er bis zur Dienstunfähigkeit bei der Gesellschaft verbleiben; mit seinem Austritt, ob zwangsweise oder freiwillig, geht er jeden Anspruch auf Versorgung verliert.

Eine Fürsorgekassen mit solchen Auslagen hat für die Angestellten gar keinen Wert.

Wir erinnern hierbei an den Fall in der chemischen Fabrik „Silezia“, Aktiengesellschaft. Ein Beamter war 20 Jahre hindurch daselbst beschäftigt und hat für die ganze Zeit Beiträge für die von der Fabrik eingerichtete Pensionskasse gezahlt. Nach 20jähriger Tätigkeit ist der Mann, der da glaubte für sein Alter gesichert zu sein, entlassen worden und mit der Entlassung erlosch auch die Pensionsberechtigung. Nur die Beiträge wurden ihm zurückerstattet. Solche Fälle können sich auch bei einer Straßen- oder Kleinbahn ereignen und darum ist Voricht am Plage. Das Statut hat auch noch andere Erleichterungen. Die innerhalb der ersten 2 Jahre ihrer Pension angehörende aus dem Versicherungsverhältnis ausscheidenden Versicherten haben keinen Anspruch gegen die Fürsorgekasse. Versicherte, welche länger als 2 Jahre für sich und ihre Angehörigen zur Kaffe beigetragen haben, erhalten, sofern sie vor vollendetem 5. Mitgliedsjahre aus dem Versicherungsverhältnis ausscheiden, ohne die Fürsorgekassen für sich oder die Hinterbliebenen in Anspruch zu nehmen, dreiviertel der selbstgezahlten Beiträge, bei späterem Austritt die vollen selbstgezahlten Beiträge zurück.

In diesem Passus liegt ein Widerspruch gegen Artikel III, da heißt es, wer freiwillig austritt, hat keinen Anspruch, während hier erklärt wird: „ohne die Fürsorge in Anspruch zu nehmen“, daran ist festzustellen, wer freiwillig den Dienst verläßt, wenn er noch dienstfähig ist, hat die Rente verliert, er mag 5, 10 und 15 Jahre der Gesellschaft gedient haben. Man will die Bediensteten an die Scholle fesseln und sie daran hindern, sich einer Organisation anzuschließen, um bessere Arbeitsbedingungen zu erzielen. Wie viel Beiträge die Beamten und Arbeiter zu leisten haben, ist in dem Statut nicht angegeben.

Wir meinen, und die Straßenbahner werden sich nicht unserer Ansicht verschließen, wollen die deutschen Straßenbahnen und Kleinbahn-Gesellschaften Fürsorgekassen errichten, dann müssen sie es an ihrer Tasche tun, das wäre auch ihre soziale Pflicht. Von den niedrig gemessenen Löhnen können sich die Angestellten keinen Sparpenny für das Alter zurücklegen. Die Beamten der Straßenbahnen, die fast durchweg hohe Dividenden abwerten, sind immer noch an Trinkgelder angewiesen.